

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

19. Jahrgang 1971

4. Heft / Oktober

HELMUT LIPPELT

„POLITISCHE SANIERUNG“ ZUR DEUTSCHEN POLITIK GEGENÜBER POLEN 1925/26

Elisabeth und Hermann Heimpel zum 19. September 1971

I

Nach der Unterzeichnung des Vertragswerks von Locarno – am 1. Dezember 1925 in London – stellten sich die Staatsmänner dem Photographen: am Fuß der Gartentreppe der Churchillschen Stadtwohnung, die dieser dem englischen Außenminister Austen Chamberlain für die anschließende Frühstückseinladung zur Verfügung gestellt hatte, gruppierten sich Vandervelde und Briand, Luther und Baldwin um Lady Chamberlain; auf den Stufen über ihnen: Stresemann, flankiert von Beneš, Chamberlain und Scialoja auf der einen, dem Grafen Skrzyński, Lady und Winston Churchill auf der anderen Seite¹. Das freundliche Nebeneinander des deutschen und des polnischen Außenministers täuscht über die Kluft, die zwischen ihnen bestand: in Locarno waren sie ohne Händedruck auseinandergegangen, und auch jetzt in London hatten sie „jede Berührung vermieden“².

¹ Die vielgedruckte Photographie z. B. in: G. Stresemann, Vermächtnis, hrsg. v. H. Bernhard, II (1932), vor S. 249.

² Die Empfindlichkeit, mit der Stresemann in den Monaten nach Locarno auf deutsche Verdächtigungen wie polnische Erwartungen einer persönlichen Annäherung zwischen ihm und Skrzyński reagierte, zeigt nicht nur seinen geringen innenpolitischen Spielraum, sondern auch, daß er, speziell in diesem Punkte, eine nationale Voreingenommenheit der Einstellung zu Polen teilte (vgl. dazu Viscount D'Abernon, Memoiren (o.J.), III, S. 25 u. 148): In Locarno hatte Briand Luther und Stresemann mit dem polnischen Außenminister bekanntgemacht, woraufhin dieser den deutschen Staatsmännern in ihrem Hotel einen Höflichkeitsbesuch abstattete, der nicht erwidert wurde (Vermächtnis, II, S. 519). Beim allgemeinen Abschiednehmen übersah dann der Graf – nach Stresemanns Meinung: bewußt – dessen Absicht, ihm die Hand zu reichen, weshalb Stresemann ihn in London schnitt (Vermächtnis, II, S. 549 = Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B – künftig: ADAP, B, II, 1, Nr. 55). Mit diesem vermeintlichen „Affront“ – der so unverständlich nicht gewesen wäre, da der in Locarno zum großen Teil auf Kosten Polens erzielte Erfolg Stresemanns bei dem polnischen Außenminister einige Erbitterung hervorrufen mußte – begründete Stresemann noch am 2. Februar 1926 gegenüber dem polnischen Gesandten in Berlin, warum er es

Dabei hätte für Stresemann durchaus Anlaß bestanden, in London das Gespräch mit seinem polnischen Kollegen zu suchen. Denn nach der Rückkehr aus Locarno hatte dieser dem Wunsche Chamberlains nach einer sichtbaren Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland³ Rechnung getragen und die Ausweisungsanordnung für die zum 1. November zur Abschiebung vorgesehene zweite Gruppe der Optanten aufgehoben, womit er nach dem Urteil des deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauscher, in Anbetracht der innenpolitischen Situation „sehr mutig“ gehandelt hatte⁴. Ebenso hatte er sich bereit erklärt, über eine Einstellung der Liquidationen zu verhandeln. Die deutsche Diplomatie hatte sogleich nachgestoßen: In Gesprächen im polnischen Außenministerium bemühte Rauscher sich um einen verbindlichen, endgültigen Verzicht auf die bisher nur de facto gestoppten Ausweisungen, während zur Regelung der Liquidationsfrage eine deutsche Delegation unter dem Gesandten Göppert in Warschau verhandelte. In beiden Fällen aber war man Ende November auf einem toten Punkt angelangt, so daß Göppert und Rauscher dringend empfahlen, Stresemann möge den polnischen Außenminister, der zudem seit dem 20. November auch als Ministerpräsident amtierte, in London ansprechen⁵. Um zu verstehen, warum dies nicht geschah, muß man sich den besonderen Charakter und den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen vor Locarno in Erinnerung rufen⁶.

seither unterlassen habe, dem Grafen einige Worte des Dankes im Hinblick auf die entgegenkommende Haltung Polens nach Locarno zu sagen (Aufzeichnung Stresemanns vom 2. 2. 1925, ADAP, B, II, 1, Nr. 55). Während der Sondersitzung des Völkerbundes im März 1926 stießen die beiden in der Tür von Briands Büro aufeinander; zu dem bei dieser Gelegenheit unvermeidlichen Händedruck kolportierte die Agentur Havas den Briand-Kommentar, diese Geste sei „vielleicht das schönste Ergebnis der Genfer Tagung“ gewesen; einer diese Meldung übernehmenden deutschen Zeitschrift gegenüber aber präzisierte Stresemann: er habe den Grafen während des ganzen Aufenthalts in Genf nur dieses eine Mal getroffen, und auch da „ohne mit ihm zu sprechen“, weshalb er sich nicht gut denken könne, daß Briand die bei dieser Gelegenheit erfolgte selbstverständliche Begrüßung in solcher Form habe apostrophieren können (Vermächtnis, II, S. 550).

³ Am letzten Tag in Locarno intervenierte Chamberlain aus eigenem Antrieb bei Graf Skrzyński zugunsten der deutschen Optanten, Documents on British Foreign Policy 1919–1939 (künftig: DBFP), Series Ia, Vol. I, London 1966, Nr. 6; er wiederholte damit einen früheren Vorstoß: am 16. 3. 25 hatte er den Grafen gedrängt, „to cultivate better relations with Germany“, DBFP, Ia, I, Nr. 118 A 1.

⁴ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Büro Reichsminister, Serie 10: Polen, Band 4 (künftig: BRM 10,4), Rauscher an A.A., 24. 10. 25.

⁵ BRM 10, 4, Tgr. 349 v. 27. 11.

⁶ Zum Folgenden vgl. J. Krasuski, Stosunki polsko-niemieckie I: 1919–1925, II: 1926–1932, Poznań 1962–64; W. Balcerak, Polityka zagraniczna Polski w dobie Locarna, Wrocław u. a. 1967; J. Korbel, Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy toward Poland 1919–1933, Princeton 1963; Piotr S. Wandycz, France and Her Eastern Allies 1919–25, Minneapolis 1962; Zygmunt J. Gasiorowski, Stresemann and Poland Before Locarno, in: Journal of Central European Affairs 18 (1958), S. 25 ff.; ds., Stresemann and Poland After Locarno, ebd. S. 292 ff.; H. Roos, Geschichte der Polnischen Nation 1916–1960, 1961; M. Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, 1963; H. Jablonowski, Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen, in: Jb. d. Albertus-Universität

II

In jenem Verhalten der beiden Staatsmänner zueinander kam das komplizierte Verhältnis zweier Nachbarstaaten zum Ausdruck, von denen der eine in der ihm in der Stunde der Niederlage aufgenotigten Grenzfestlegung eine fortdauernde Demütigung sah, während der andere aus der leidvollen Erfahrung eines mehr als hundertjährigen Verzichts auf staatliche Existenz äußerst empfindlich auf jede erneute Anfechtung seiner Grenzen reagieren mußte.

Die Etablierung einer Grenze in einem gemischt-völkischen Gebiet brachte an sich schon große Schwierigkeiten mit sich: In einer Zeit, in der Nationalitätenpolitik trotz ihrer Verquickung mit staatlicher Machtpolitik doch noch gebunden blieb an privatrechtliche Normen, bedeutete die Wiederherstellung des polnischen Staates – so wie sie im Versailler Vertrag und im anschließenden Minderheitenschutzvertrag zwischen den alliierten Mächten und Polen ihre Form erhielt – zunächst die Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit an alle innerhalb der neugezogenen Grenzen Lebenden, ohne Rücksicht auf ihre Abstammung, soweit sie nicht erst in jüngerer Vergangenheit (seit 1908) im Zuge staatlich gelenkter preußischer Ansiedlungspolitik zugezogen waren. Darüber hinaus wurde denen, die ihre Volkszugehörigkeit über die Bindung an den Wohnsitz stellen wollten, die Möglichkeit der Option und damit genügend Zeit zur geordneten Verwertung ihres Vermögens und Freistellung von Transferhindernissen eingeräumt. Von besonderer Bedeutung für den neuen Staat mußte ferner das von den Siegermächten in Anspruch genommene Recht auf Liquidation des Auslandseigentums deutscher Reichsangehorigen werden, gab es doch Polen die Möglichkeit, sich vom wirtschaftlichen Einfluß Deutschland zu emanzipieren. Unter den besonderen Bedingungen seiner gemischt bevölkerten Westgebiete lag in ihm allerdings auch die große Versuchung für den neuen Staat, die Zuerkennung der Staatsangehörigkeit zu beschränken und dadurch mehr Grund- und Hausbesitz liquidierbar zu machen. Allerdings war diesen besonderen Verhältnissen im Versailler Vertrag theoretisch wiederum Rechnung getragen durch die Regelung, daß anders als im Falle der übrigen Siegerstaaten, die diese Liquidation als Vorgriff auf ihren Reparationsanteil verbuchen und die Entschädigung der Eigentümer Deutschland überlassen konnten, die neuen Staaten nicht nur den Erlös direkt den ehemaligen Eigentümern auszuzahlen, sondern auch für eine angemessene Höhe desselben Sorge zu tragen hatten. Infolgedessen konnte erwartet werden, daß der Umfang der Liquidationen seine Grenze am dafür erforderlichen finanziellen Aufwand finden würde. Schließlich war dem neuen Staat auch der Besitz des Reiches und Preußens in Polen zugesprochen worden, wodurch er in die Domanenpacht- und Ansiedlungsvertrage eintreten

19 (1969), S. 27ff.; G. Rhode, Das Deutschtum in Posen und Pommerellen in der Zeit der Weimarer Republik, in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik (= Studien zum Deutschtum im Osten, H. 5) 1966, S. 88ff.; noch nicht eingesehen werden konnte die Berliner Diss. 1968 von M. Keipert (–Oertel), Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925–1930.

konnte. Im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Verknüpfungen war den ehemals deutschen Gebieten Polens, ähnlich wie Elsaß-Lothringen, für eine Übergangszeit von drei Jahren die zollfreie Einfuhr nach Deutschland in Höhe der Durchschnittseinfuhr der Jahre vor dem Kriege zugestanden worden. Eine solche Regelung wurde auch in den oberschlesischen Teilungsvertrag aufgenommen; sie war von besonderer Wichtigkeit für die dortige Kohle.

Zur schweren Belastung der deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen wurden diese für den neuen Staat notwendigen Regelungen erst durch ihre Interpretation und Durchführung⁷. So versuchte Polen die Zuerkennung der Staatsangehörigkeit in engen Grenzen zu halten, indem es die in den Nachkriegswirren vorübergehend Abgewanderten als stillschweigende Optanten ansah. Die unscharfen Formulierungen über die Option gaben ferner zu dem Streit Anlaß, ob für die Optanten ein Zwang zur Abwanderung bestehe oder nicht. Die Liquidationspraxis führte zu einem massierten Angebot auf dem polnischen Grundstücksmarkt, wodurch die Preise so sehr beeinträchtigt wurden, daß die ehemaligen Eigentümer nur einen Bruchteil des Wertes ihrer Grundstücke erlangten. Gleichzeitig ermöglichte diese Wertminderung eine um so stärkere Ausnutzung des Liquidationsrechts. Aus beiden Gründen entwickelte sich eine Prozeßlawine vor dem nach § 304 des Versailler Vertrags eingesetzten Gemeinsamen Schiedsgericht in Paris⁸. Ferner warf die Nachfolge im Staatseigentum die Frage nach dem Stichdatum für den Übergang der Rechte auf den wiedererstandenen Staat auf, zumal die preußische Ansiedlungskommission noch im letzten Augenblick, nämlich zwischen Kapitulation und Friedensschluß, versucht hatte, durch eine Reihe von Rechtshandlungen die nicht zuletzt durch Verschulden der Kommission schwache Rechtsposition der Ansiedler zu festigen. Um nämlich zu vermeiden, daß deutsche Siedler bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Höfe an Polen verkauften, hatte die Kommission ihre Verträge nicht nur als „Rentengutsverträge“ und damit so gestaltet, daß die Auflassung erst nach der letzten Rate erfolgte, sondern sich darüber hinaus auch noch ein Wiederkaufsrecht für den Todesfall des Siedlers vorbehalten⁹. Die dann in aller Eile vorgenommenen Auflassungen, Verlängerungen der Domänenpacht-

⁷ Die unmittelbare Nachkriegsphase, in der der größere Teil der Deutschen (etwa zwei Drittel; G. Rhode, *Deutschtum*, S. 99 korrigiert frühere auf „mehr als 700 000“ lautende Schätzungen und errechnet „höchstens 575 000“) teils abwanderte – unter ihnen befanden sich viele Beamtenfamilien –, teils verdrängt wurde, muß bei dieser lediglich den allgemeinen Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen vor Locarno skizzierenden Betrachtung unberücksichtigt bleiben.

⁸ Neben G. Rhode, *Deutschtum*, S. 104ff. vgl. J. Krasuski, *Polish-German Financial Accounting in 1919–29*, in: *Acta Poloniae Historica* 15 (1967), S. 65–80, bes. S. 75f.

⁹ Ein Vorkaufsrecht hätte genügt; in ihrem Übereifer hatte die Ansiedlungskommission der polnischen Regierung ein Werkzeug geschmiedet, das es dieser erlaubte, die direkte Erbfolge zu unterbrechen. Bis zur Beilegung der aus dem Versailler Vertrag herrührenden Streitigkeiten durch das Liquidationsabkommen vom Oktober 1929 ist es dann auch regelmäßig angewandt worden, doch war die Regierung nur in 12 der insgesamt 468 Fälle zur Ausweisung der Erben geschritten, BRM 10, 10/D 574 342ff.

verträge und schließlich die generelle Übertragung der noch ausstehenden Forderungen und vorbehaltenen Rechte der Kommission auf die Westpreußische Bauernbank in Danzig, die sogenannten Bauernbankverträge aus dem Juli und August 1919, wurden jedoch von der polnischen Regierung nicht anerkannt¹⁰. Diese leitete vielmehr aus ihrem Eintritt in die Verträge der Kommission das Recht zur Annullierung der Verträge aller noch nicht „besitzbefestigten“ Ansiedler her. Auch hieraus entwickelten sich juristische Auseinandersetzungen, politische Pressionen und finanzielle Forderungen¹¹. Diese aus der Versailler Regelung hervorgegangenen Probleme wurden noch vermehrt durch Akte der polnischen inneren Gesetzgebung. Insbesondere wurde die Agrarreform, obwohl sozialpolitisch bedingt, mit einer gegen den deutschen Großgrundbesitz gerichteten Tendenz in Angriff genommen.

Dagegen blieben Versuche, trotz allem zu einem normalen staatlichen Nebeneinander zu kommen, auf das Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen beschränkt. Die vielfach unterbrochenen, von 1922 bis zu ihrem vorläufigen Abschluß 1930 sich hinziehenden Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages sind ein zuverlässiger Indikator für den jeweiligen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen.

Eine Analyse dieser Beziehungen, die sich nur an den hier aufgezählten Streitfragen und Verhandlungsgegenständen orientierte, müßte freilich unbefriedigend bleiben, ließe sie doch den entscheidenden Gesichtspunkt außer acht: die Frage der Anerkennung der Grenzen¹². Denn außer der durch Ultimatum erzwungenen Unterschrift unter den Vertrag von Versailles hat Deutschland jede spätere An-

¹⁰ Auch auf deutscher Seite war man sich des fiktiven Charakters der Bauernbankverträge bewußt. Zwar figurierten in den amtlichen Aufstellungen bezüglich der Polen gegenüber geltend zu machenden Forderungen noch 1927 360 Millionen, mit denen der preußische Fiskus der Bauernbank gegenüber regreßpflichtig sei, doch hat „wie ganz vertraulich bemerkt werden darf, im internen Verhältnis der preußische Fiskus mit der ernstlichen Geltendmachung solcher Regreßansprüche nie gerechnet“, Aufz. Trautmann, undatiert (Ende 1929), PA Bonn, Büro Staatssekretär (künftig: BStS) Polen 4/E 169218.

¹¹ Das Annullationsgesetz vom 14. 7. 1920 betraf 4000 der insgesamt 26000 Ansiedler (diese Zahl nach BRM 10, 10/D 574329 ff.; G. Rhode, *Deutschtum*, S. 107 nennt 22500); von den übrigen ist im folgenden Jahrzehnt noch fast die Hälfte teils als Optanten ausgewiesen worden, teils freiwillig abgewandert. 1923 erwirkte der Deutschtumsbund einen Spruch des Haager Gerichtshofes, der die Rechtmäßigkeit des Annullationsgesetzes verneinte; darauf reagierte die polnische Regierung mit der Auflösung des Bundes, während die Verdrängten ihre Schadensersatzklagen beim Gemeinsamen Schiedsgericht in Paris erhoben. Im Rahmen des Liquidationsabkommens von 1929 stellte Deutschland dann durch Übernahme der Regulierung die polnische Regierung von diesen Ansprüchen frei, während Polens Verzicht auf Ausübung des Wiederkaufrechts die noch im Lande verbliebenen 12000 Siedler endgültig im Besitz ihrer Höfe sicherte.

¹² Dies ist einschränkend zu im übrigen so instruktiven Studien wie G. Rhode, *Deutschtum*, und – unter anderem Aspekt – J. Krasuski, *Financial Accounting*, zu bemerken. So wichtig es ist, wenn Krasuski darlegt, daß Polen sich seit dem Haager Urteil im Chorzów-Prozeß von 1927 (Beratung der Rechtmäßigkeit der erst nach der Kapitulation erfolgten Privatisierung eines zuvor in Reichsbesitz befindlichen Stickstoffwerkes) Deutschland gegenüber in der Position eines Schuldners befand, die sich mit dem Anschwellen der Entschädigungsklagen der Liquidierten und Annullierten weiter verschlechterte, weil diese Titel im

erkennung der polnischen Westgrenze vermieden. Auch gegen die Teilung Oberschlesiens legte die Reichsregierung eine „für alle Zeiten gültige Verwahrung“ ein¹³, obwohl diese Teilung nicht, wie behauptet wurde, gegen den Versailler Vertrag verstieß. Die beharrliche Weigerung, die Ostgrenze zu akzeptieren, blieb eine Maxime der deutschen Außenpolitik¹⁴. Damit erfuhr aber auch die Auseinandersetzung in den genannten Einzelfragen eine außerordentlich starke Politisierung. Unter dem Aspekt des deutschen Revisionsstrebens wurde die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Minderheit in Polen zur Politik der „Festigung des deutschen Volkstums“ und mußte polnische Restriktionsmaßnahmen gegen diese Minderheit geradezu herausfordern.

Bezeichnend für diesen Zusammenhang ist eine Posener Rede des damaligen Ministerpräsidenten Sikorski vom April 1923: Der Prozeß der Entdeutschung müsse durch energisches Vorgehen in der Liquidationsfrage und Ausweisung der deutschen Optanten schnell beendet werden, damit die deutschen Nationalisten und Staatsmänner durch Fakten belehrt würden, daß ihre Ansicht von dem vorübergehenden Gebilde der polnischen Westgrenze irrig sei¹⁵. Solche Haltung war allerdings nicht nur Reaktion auf die deutsche Revisionspolitik. In ihr setzte sich ebenso der auf Ausschluß des Deutschtums drängende Nationalismus der ersten Stunde fort; und dieser wiederum stand in Wechselwirkung mit dem antipolnischen Vorurteil auf der anderen Seite. In Berlin wehe sogar der Wind antipolnisch, notierte Lord D'Abernon, der ausländische Diplomat, der wohl das größte Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik besaß¹⁶.

Gegensatz zu den am Vollstreckungsschutz des Dawes-Plans abprallenden polnischen Forderungen vollstreckbar waren, so verkennt doch die daraus S. 77 gezogene Folgerung, eine politische Verständigung sei unmöglich gewesen, solange eine finanzielle nicht zustande kam, daß sich die finanzielle Auseinandersetzung auf einer untergeordneten Ebene abspielte. Bester Beweis dafür ist die Selbstverständlichkeit, mit der die Rechnungen beider Seiten in sich zusammenfielen, als aus allgemeinerpolitischen Gründen die Verständigung im Liquidationsabkommen von 1929 erfolgte; s. dazu die von J. Krasuski, *Stosunki II*, S. 172 ans Licht gezogene deutsche Gesamtaufstellung (Deutsche Schätzung: deutsche Forderungen 213 982 000 Mark, polnische 80 630 292; Polnische Schätzung: polnische Forderungen 149 971 466, deutsche 12 183 000; Saldo nach deutscher Schätzung zu Deutschlands Gunsten: 133 552 000; Saldo nach polnischer Schätzung zu Polens Gunsten: 137 788 000); sie findet sich auch mit ausführlichen Erläuterungen PA Bonn, BRM 10, 10.

¹³ Aufruf von Reichspräsident, Reichs- und preußischer Regierung, 17. 6. 1922, in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1922, S. 72.

¹⁴ Bekräftigt beispielsweise in einer Instruktion Maltzans für Brockdorff-Rantzau, 13. 12. 1924, BRM 10, 2/D 571 538.

¹⁵ Rauscher an A. A., 11. 4. 25. BRM 10, 2/D 570 890.

¹⁶ D'Abernon, *Memoiren III*, S. 59. – D'Abernon hatte 1920 General Weygand nach Warschau begleitet und war seitdem durchdrungen von der europäischen Mission Polens (vgl. ebd. I, S. 62 u. III, S. 59), um so mehr mußte ihn das deutsche Vorurteil befremden (ebd. III, S. 259 u. 301). Seinem Außenminister berichtete er, daß er bei den deutschen Ministern dauernd auf Kompromißbereitschaft gegenüber Polen dränge und sie an den großen Dienst erinnere, den Polen 1920 Westeuropa und besonders Deutschland erwiesen habe, „but their prejudice is not easy to overcome“, DBFP, Ia, I Nr. 34 vom 27. 10. 1925.

Das Geschäft der Diplomatie vollzog sich vor dem Hintergrund einer emotionalisierten Öffentlichkeit, und das gab einer deutsch-polnischen Annäherung wenig Chancen. Trotzdem wird sich die Qualität einer Außenpolitik nach dem Maße ihrer Einsicht in solche Zusammenhänge beurteilen lassen müssen und nach dem Maße, in dem sie bereit und fähig ist, sich zugunsten besser verstandener langfristiger Interessen ihres Landes vom öffentlichen Urteil in ihrer internen Meinungsbildung und Planung zu emanzipieren. Sie wird ihre innenpolitischen Voraussetzungen weder ändern noch unberücksichtigt lassen können, sollte aber ihren besseren Überblick über die Konstellationen internationaler Politik und deren Entwicklungstendenzen zu vorausschauender Analyse und zur Entwicklung einer angemessenen Form des Vorgehens nutzen.

Für die Jahre seit 1923, als durch das unter den Auspizien des Völkerbundes in Genf geschlossene deutsch-polnische Oberschlesienabkommen und die polnische Zurückhaltung während des Ruhrkonflikts¹⁷ die akuten Spannungen der ersten Nachkriegsjahre beendet waren und die Diplomatie in ihre Rechte eintreten konnte, blieb es aber charakteristisch für die deutsche Politik gegenüber Polen, daß sie den Widerspruch zwischen ihrem Ziel der Grenzrevision und den realen Erfordernissen einer Schutzpolitik für die deutsche Minderheit nicht reflektierte, sondern als unvermeidlich hinnahm. In dem Maße, in dem die Grenzrevision als vorläufig nicht erreichbar zu einer *Reservatio mentalis* stilisiert wurde, ergab sich daraus eine Politik des doppelten Bodens. In der „hohen Politik“ versuchte man die Grenzfrage für eine noch nicht absehbare Zukunft „offenzuhalten“, aber bei der diplomatischen Behandlung akuter Minderheitsfragen galt es, auf der Ebene des durch Versailles gesetzten Rechtes das Äußerste herauszuholen. Hier sah sich die deutsche Diplomatie darauf verwiesen, die Minderheitsfragen als „Folgen von Versailles“ zu internationalisieren und justitiabel zu machen, und mußte sich darum bemühen, das die Versailler Ordnung repräsentierende Institut, den Völkerbund, insbesondere dessen entscheidendes Organ, den Völkerbundsrat, in politischer Haftung zu halten und nach Möglichkeit auch den Internationalen Gerichtshof in diese Fragen einzuschalten. So sehr später das Ausspielen der Minderheitenfrage vor dem Völkerbund auch dem Ziel dienen sollte, die Brüchigkeit der Versailler Ordnung zu demonstrieren, so lief doch die mit dem Eintritt in den Völkerbund vollzogene Wendung zur praktischen Benutzung dieser Organe auf eine, zumindest indirekte, Bestätigung der von ihnen repräsentierten „Ordnung“ hinaus.

War die deutsche Politik gegenüber Polen einerseits intransigent, andererseits advokatorisch, so konnte umgekehrt Polen bei den mit Deutschland zu lösenden Einzelfragen nicht von der im Hintergrund stehenden deutschen Revisionsforderung absehen. Polens Interesse mußte dahin gehen, jede Regelung von Einzelproblemen an die Bedingung einer Generalvereinbarung zu knüpfen.

¹⁷ Deren die deutsche Diplomatie keineswegs sicher war; vgl. BRM 10,2/D 570836, Aufz. Maltzan v. 23. 1. 1925. Zur polnischen Haltung vgl. J. Korbel (wie Anm. 6), S. 129 ff.; P. S. Wandycz (wie Anm. 6), S. 269 f.

III

Im Jahre 1925 schürzte sich der Knoten. Die „hohe Politik“ geriet mit den am Jahresanfang eingeleiteten Vorverhandlungen über den dann im Oktober in Locarno geschlossenen Rheinpakt in eine für Polen ungünstige Bewegung, und mit dem Ablauf der Deutschland in Versailles auferlegten fünfjährigen einseitigen Meistbegünstigung am 10. Januar eröffnete sich der deutschen Diplomatie auch ein neues Feld: das der Handelspolitik. Und da außerdem am 15. Juni auch die im Oberschlesienvertrag Polen eingeräumten zollfreien Kohlen-Exportkontingente ausliefen, bekam sie zusätzlich einen Hebel in die Hand, der bei der Abhängigkeit der oberschlesischen Kohle vom Absatz auf dem deutschen Markt an einer für Polen empfindlichen Stelle angesetzt werden konnte.

Charakteristisch für die Art, wie man die neugewonnene Bewegungsfreiheit durch Herstellung eines Junktims, allerdings streng unterhalb der Ebene „hoher Politik“, zu nutzen suchte, war die Reaktion des Auswärtigen Amtes auf eine Verordnung des Wojewoden von Posen, die den Aufenthalt von Ausländern in den Festungsrayons und in Grenznähe von einer besonderen Erlaubnis abhängig machte, wovon „etwa 60 Reichsdeutsche“, also vorwiegend Optanten, betroffen waren. Zunächst gab man dem polnischen Gesandten zu verstehen, „daß eine solche Praxis die Handelsvertragsverhandlungen unvermeidlich aufs schwerste beeinträchtigen werde“¹⁸. Als dann zwei Monate später Rauscher in derselben Angelegenheit beim polnischen Ministerpräsidenten Grabski vorstellig wurde und dieser Zusicherungen in der Sache mit der Bemerkung verknüpfte, „Verstimmungen der hohen Politik“ sollten die Handelsvertragsverhandlungen nicht berühren¹⁹ – was insofern beruhigend gemeint war, als gerade in diesen Tagen die polnische Öffentlichkeit äußerst erregt war über die bei der diplomatischen Vorbereitung des Rheinpakts sich abzeichnende antipolnische Spitze des deutschen Konzepts²⁰ –, benutzte Staatssekretär von Schubert in einer Instruktion für Rauscher die Äußerung Grabskis sofort in einem der deutschen Verhandlungslinie günstigen Sinne, indem er zu betonen bat, „daß deutsche Regierung mit polnischer übereinstimmt, daß Vorgänge auf Gebiet hoher Politik nicht auf Handelsvertragsverhandlungen zurückwirken sollen“, wohl aber, so insistierte er, würden diese durch die deutschfeindlichen Maßnahmen der polnischen Innenpolitik erschwert²¹. Das Vorgehen des Posener Wojewoden soll nicht verharmlost werden, bedeutete es doch für die Betroffenen die sichere Aussicht auf Ausweisung; zur Diskussion aber steht die von der deutschen Diplomatie befolgte Strategie der Ausklammerung der einen und Verklammerung der beiden anderen Ebenen der Politik gegenüber Polen. Ein

¹⁸ BRM 10,3/D 571 551, Schubert, 17. 3., an Rauscher über am 7. 1. bei Olszowski vorgebrachten Protest.

¹⁹ Ebd./D-569, Rauscher an A. A., 20. 3.

²⁰ S. u. S. 356.

²¹ BRM 10,3/D-586, Schubert an Rauscher, 25. 3.

Blick auf den Stand der übrigen diplomatischen Geschäfte lehrt, wie problematisch sie war:

Im Wiener Abkommen über die Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen von 1924 hatte Deutschland Polens Recht auf Ausweisung der Optanten – es handelte sich noch um etwa 28000 – endgültig anerkannt; darüber hinaus hatte man sich darin auch über die Durchführung geeinigt und eine Abschiebung in drei Gruppen zu gestaffelten Terminen vereinbart. Die erste mußte das Land bis zum 1. August 1925 verlassen.

Damit waren dem in Druck und Gegendruck sich äußernden diplomatischen Verhältnis drei feste Daten – zwei handelspolitische zu Deutschlands, ein die Minderheit betreffendes zu Polens Gunsten – vorgegeben, als man sich zum Jahresende 1924 um eine Einigung über die nächsten Schritte bemühte. Dabei ging es der deutschen Seite zunächst um Zeitgewinn²² – sie wollte dem 15. Juni näherkommen. So schlug sie unter Hinweis auf die Zeitbedrängnis bis zum 10. Januar vorab ein kurzfristiges Meistbegünstigungsabkommen vor, unter dessen Schutze dann im Februar und März „politische“, d. h. in diesem Falle vor allem die Minderheit betreffende Fragen und der Handelsvertrag weiterverhandelt werden sollten, während der polnische Gesandte Olszowski darauf drängte, ein Programm „aller sonst noch zwischen Deutschland und Polen zu erledigenden Punkte“ aufzustellen²³. Er drang damit nicht durch, und so verbanden sich denn in den Berliner Märzverhandlungen die Probleme des Handelsvertrages mit den nun von deutscher Seite aufgeworfenen politischen Fragen: Liquidationen, Optantenproblem und Niederlassungsrecht, d. h. mit Forderungen, die Polen Verzicht auf ein juristisch unbestrittenes Recht aus dem Versailler Vertrag und eine Revision des ein halbes Jahr zuvor geschlossenen Wiener Vertrages zumuteten und von ihm überdies die Konzession erwarteten, daß dem deutschen Handel wieder der deutsche Kaufmann über die Grenzen folge – was für die auf politische und wirtschaftliche Emanzipation vom deutschen Einfluß bedachte polnische Innenpolitik besonders heikel war. Das dringendste polnische Interesse bei diesen Verhandlungen war dagegen, in den Handelsvertrag ein Kohlenkontingent einzubauen, das der ober-schlesischen Kohle auch nach dem 15. Juni einen Absatz im bisherigen Umfang sicherte.

Die Bedeutung dieser Frage zeigt ein Blick auf die polnische Handelsbilanz²⁴: Sie war insgesamt passiv; 1924 überstiegen die Importe die Exporte um 16 Prozent, eine Quote, die sich 1925 auf 26 Prozent erhöhen sollte. Dagegen erzielte Polen im Handel mit Deutschland einen beträchtlichen Exportüberschuß, zu dem die

²² Graf Skrzyński warf ihr vor, auch zuvor schon den Beginn von Verhandlungen um zwei Monate verzögert zu haben: BRM 10,3/D 571402, Rauscher an A. A., 30. 12. 24.

²³ BRM 10,3/D 571347, Schubert an Rauscher, 24. 12. 24.

²⁴ Zu den folgenden Zahlen vgl. Stat. Jb. f. d. Deutsche Reich 1926, S. 207f.; Osteuropa-Handbuch, hg. W. Markert, Bd.: Polen, 1959, S. 70 u. 94f. (die erläuternde Darstellung von C. Poralla wird allerdings der komplizierten Verhandlungslage nicht gerecht); J. Krasuski, Stosunki, I, S. 481ff.

oberschlesische Kohle mit monatlich ca. 300 000 t einen wichtigen Beitrag leistete. Aufgrund der passiven Gesamtbilanz aber war die erst im April 1924 mit Einführung des Zloty reformierte Währung schon seit Anfang 1925 erneut ins Wanken geraten, weshalb ein Eingriff zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Handelsbilanz, also eine Anhebung der Zollsätze, dringend erforderlich war. Als dieser dann im Mai vorgenommen wurde, mußte er die noch laufenden Handelsvertragsverhandlungen zusätzlich belasten, traf er doch primär den deutschen Industrieexport. Denn Deutschland war Polens wichtigster Handelspartner; die Ex- und Importe beliefen sich auf etwa 40 Prozent des polnischen Außenhandels, stellten aber zugleich nur 4–5 Prozent des deutschen dar. In dieser Relation kommt zugleich die starke Abhängigkeit Polens vom Handel mit Deutschland zum Ausdruck.

In dieser Situation ist die deutsche Diplomatie der Versuchung zu einer starren Haltung nicht entgangen. Obwohl sie zugunsten der Minderheit ein großzügiges Entgegenkommen forderte, obwohl gleichzeitig durch die von ihr initiierten „Vorgänge auf dem Gebiete hoher Politik“ der innenpolitische Bewegungsraum der polnischen Diplomatie empfindlich eingeengt wurde, ging der Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation, v. Lewald, bis zuletzt nicht über das Angebot eines Kohlenkontingents von 60 000 t hinaus. Man meinte auf deutscher Seite, eine „legale politische Waffe“ in der Hand zu haben²⁵, während der Verhandlungspartner glaubte, sich wegen seiner handelspolitischen Bedrängnisse nicht zu politischen Konzessionen nötigen lassen zu dürfen²⁶. Im letzten Augenblick schien trotzdem ein polnisches Entgegenkommen möglich²⁷, aber Stresemanns Versuch, direkt in die Verhandlungen einzugreifen, kam zu spät²⁸; und so stolperte man in den Handelskrieg hinein²⁹.

²⁵ So Rauscher zum Grafen Skrzyński in der u. Anm. 29 zit. Unterredung.

²⁶ Am 13. 6. bereitete die Warschauer Presse – offensichtlich amtlich inspiriert – die Bevölkerung auf den bevorstehenden Zollkrieg vor: Sie erwartete schwere wirtschaftliche Folgen durch Verschlechterung der Handelsbilanz, Verringerung des Devisenzuflusses, Abschreckung des ausländischen Kapitals und Erhöhung der Arbeitslosigkeit, die in Oberschlesien erregte Stimmung auslösen könne; doch sei es für Polen unmöglich, sich Kohlenausfuhr durch Nachgiebigkeit gegenüber politischen Forderungen zu erkaufen; nach Pressetelegramm Rauschers v. 13. 6., PA Bonn BRM 10,3/D 571770.

²⁷ So Rauscher BRM 10,3/D 571771, 13. 6., über die hektischen polnischen Regierungsberatungen.

²⁸ Stresemann verschob eine mit Prądzyński, dem Leiter der polnischen Verhandlungsdelegation, und Olszowski für den 16. Juni vereinbarte Besprechung auf den 18. Juni, um Zeit für das Studium der ihm an jenem Tage vom französischen Botschafter übergebenen offiziellen „Rückfragen“ zur deutschen Sicherheitspaktanregung zu gewinnen. In der Zwischenzeit wurde Prądzyński nach Warschau zurückgerufen, BRM 10,3/D 571793. Daß Stresemann den Zollkrieg nicht wünschte, bezeugt seine Tagebucheintragung vom 15. 6., s. Vermächtnis, II, S. 308.

²⁹ Wie sehr die deutsche Taktik der verschiedenen Ebenen gescheitert war, wird aus dem Temperamentsausbruch des Grafen Skrzyński beim Besuche Rauschers am 15. 6., als alles vorbei war, deutlich: Der Graf hielt ihm „mit für ihn ungewöhnlicher Lebhaftigkeit Hal-

Es hätte eigentlich niemanden verwundern dürfen, daß in solcher Atmosphäre die polnische Regierung keinen Anlaß sah, von der erst ein Jahr zuvor mit Deutschland vertraglich vereinbarten Abschiebung der ersten Optantengruppe Abstand zu nehmen³⁰. Die deutsche Diplomatie war sich über die Unausweichlichkeit dieser Ereignisse auch völlig im klaren, sonst hätte ihr Warschauer Gesandter wohl kaum Anfang Juli seinen Urlaub antreten dürfen. Als aber die Optanten dann wirklich kamen und, nachdem sie bis zum letzten Tage in der Hoffnung auf eine politische Verständigung ausgeharrt hatten, durch ihr massiertes Eintreffen das nur für eine sukzessive Aufnahme kleiner Gruppen berechnete Auffanglager in Schneidemühl überfluteten, schlug eine Welle der Empörung in Deutschland hoch. Vor dem Reichstag erklärte Stresemann, indem er diese schwache Stelle seiner Politik mit eindrucksvollem Pathos überdeckte, hier werde formales Recht zu größtem Unrecht. Er zitierte die „Times“, die geschrieben hatte, Polen täte gut daran, gegenüber Deutschland eine große Geste zu tun, um sich die Freundschaft eines mächtigen Nachbarvolks zu erhalten. Die Geste, zu der Polen greife, so Stresemann, sei die Geste der Gewalt³¹. Einige Monate später aber, im Anschluß an Locarno, kam die polnische Geste. Doch auch dann fand Stresemann noch nicht den Weg zum Grafen Skrzyński und damit zur Anbahnung einer Verständigungspolitik auch

tung Deutscher Regierung vor von Infragestellung Grenze, über Ausnutzung Stargarder Unglücks bis zu jetziger Stellung in Frage Kohlenkontingents, durch die Lebensunfähigkeit Polnisch-Oberschlesiens dargetan werden solle. Exz. Lewalds Angebot 60 000 t sei lächerlich und Verquickung mit Liquidation untragbar“; Rauscher hatte dem nur entgegenzuhalten, daß die Kohlenfrage eine „legale Waffe“ sei und daß die Zollerhöhungen im Mai die einzig nennenswerte polnische Konzession, die Gewährung der Meistbegünstigung, völlig entwertet habe; BRM 10,5/D 571772, Tgr. vom 15. 6.

³⁰ Diese Darstellung weicht gänzlich ab von derjenigen der gleichen Vorgänge bei L. Zimmermann, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, 1958, S. 577 ff., die völlig in der Argumentation der deutschen Akten befangen bleibt. Einige Beispiele, nur einer Textseite entnommen, legen nahe, auf ihn im weiteren nicht mehr Bezug zu nehmen: Nach Zimmermann brach der Zollkrieg aus, als Polen „am 20. Juni 1925 Einfuhrverbote erließ und einen Monat später auch noch begann, deutsche Optanten auszuweisen“ – tatsächlich war der Zollkrieg sechs Wochen im Gang, als Polen von seinem Vertragsrecht Gebrauch machte; Stresemanns Protest in der Optantendebatte gegen den „Geist des Hasses und der Selbstsucht“ notiert Zimmermann zustimmend – ohne die rhetorische Färbung zu bemerken; und er folgt Stresemann auch in der Meinung, daß dem Sicherheitsverlangen Polens mit dem Schiedsvertrag in Locarno Genüge getan sei: „trotzdem blieben die gegenseitigen Beziehungen gespannt“ – nicht „trotzdem“, sondern „auch deswegen“.

³¹ Sten.-Berichte über die Verhandlungen d. Deutschen Reichstages, 5. Wahlperiode, 113. Sitzung, 6. 8. 1925, Sp. 4115 ff. Die Optantendebatte ist eine Fundgrube für die Topoi des deutschen Polenurteils. Um so mehr verdient es hervorgehoben zu werden, daß die Sprecher der SPD, Nowack und der ehemalige Volksbeauftragte Otto Landsberg, in dem auch von ihnen verurteilten polnischen Vorgehen primär eine Reaktion auf die Sünden der preußischen Germanisierungspolitik sahen, die sie den übrigen Parteien deutlich und aus eigener Anschauung vorrechneten. Dabei fand Landsberg, von chauvinistischen Äußerungen kultureller Überlegenheit provoziert, auch Worte der Hochachtung für die polnische Kultur und Literatur. Ähnlich wie sie setzte sich auch der süddeutsche Demokrat Haas für eine Verständigung mit Polen ein.

gegenüber Polen. Die Probleme der Minderheit blieben weiterhin den Zielen der „hohen Politik“ untergeordnet. Denn in Locarno hatten sich die Gewichte verschoben. Die Grenzrevision schien in greifbare Nähe gerückt.

IV

Solange Deutschland aus einer Position der Schwäche heraus Politik treiben mußte, brauchte Polen den deutschen Revisionsanspruch nicht allzu ernst zu nehmen. Mit Locarno änderte sich das. Deutschland trat wieder in den Kreis der europäischen Großmächte ein, Polen trat aus ihm ab. Die ein Jahr nach Locarno von Deutschland gegen Frankreich und England mit Erfolg durchgesetzte Verweigerung des von Polen begehrten ständigen Völkerbundsratssitzes sollte dies besonders sinnfällig machen³². Deutschlands Stimme gewann an Gewicht im sich regroupierenden europäischen Konzert und konnte dem Revisionsverlangen mehr Gehör verschaffen. Mit seinem Eintritt in den Völkerbund akzeptierte es aber auch die Formen internationaler Verbindlichkeit und Kooperation³³, die es ihm erschwerten, im Sinne der Revisionspolitik unbefangen fordernd aufzutreten³⁴.

Obwohl es in der Locarno-Politik primär um das deutsch-französische Verhältnis ging, spielte die Frage der deutsch-polnischen Grenze eine wichtige Rolle als Bezugspunkt der diplomatischen und juristisch-vertragstechnischen Vorgespräche wie der größeren politischen Auseinandersetzung³⁵. Denn die Realisierung des Grundgedankens von Locarno, Frankreichs Sicherheitsbedürfnis durch von Deutschland angebotene gegenseitige Garantien zu befriedigen, war dadurch erheblich erschwert, daß Frankreich sich als Ersatz für die 1919 nicht zustande gekommenen anglo-amerikanischen Sicherheitsverträge das System seiner Bündnisse mit Polen und der Kleinen Entente geschaffen hatte. Stresemann ging daher schon bei der Hoesch zugesandten Erläuterung des Sicherheitsmemorandums davon aus, daß von französischer Seite „die Frage unserer Ostgrenze vielleicht sogar als Kernpunkt der Sicherheitsfrage“ bezeichnet werden könne³⁶. Wie ließ sich unter solchen Um-

³² Vgl. J. Spenz, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924–1926, 1966, S. 129 ff.

³³ Es ist dieser Aspekt, der in der ausschließlich negativen Beurteilung Locarnos durch polnische Historiker – s. W. Balcerak (wie Anm. 6), S. 225; P. Wandycz (wie Anm. 6), S. 341 ff., 367 – übersehen wird.

³⁴ Dies gilt natürlich nur für die verantwortete diplomatische Rede, nicht für die Agitation in der innenpolitischen Arena.

³⁵ Dies hat schon K. D. Erdmann, Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns, in: *Gesch. in Wiss. u. Unterr.* 6 (1955), S. 133 ff., eingehend analysiert. Zur diplomatischen Vorgeschichte vgl. neben den in Anm. 32, 33 genannten Arbeiten auch F. G. Stambrook, „Das Kind“ – Lord D'Abernon and the Origins of the Locarno Pact, in: *Central European History*, 1 (1968), S. 233 ff.; Ch. M. Kimmich, *The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919–1934*, Yale U. P. 1968, S. 69 ff.

³⁶ BRM 15, 1: Verhandlungen mit den Alliierten über einen Sicherheitspakt, Bd. 1/ D 642175 ff.; Stresemann an Hoesch, 5. 2. 25.

ständen die vom Amt vertretene Doktrin aufrecht erhalten, jede erneute Anerkennung oder gar Garantierung der polnischen Westgrenze müsse vermieden werden, zumal es ja Deutschland war, das in der Sicherheitsfrage die Initiative ergriff? Der von Anfang an ins Auge gefaßte Ausweg bestand im Angebot „eines weitgehenden Schiedsvertrages“; in ihm sah man „die einzige besondere Sicherheit, zu der wir uns hinsichtlich Polens bereithalten könnten“³⁷.

Die deutsche Diplomatie hatte sich dieser Vertragsform schon zur Regelung mittelbarer Kriegsfolgen mit Schweden und der Schweiz bedient, d.h. mit den Neutralen, die keine Partner des Versailler Vertrags und damit nicht an die darin vereinbarte obligatorische Schiedsinstanz des Haager Gerichtshofs gebunden waren. Und der Gedanke, auch den besonders komplizierten deutsch-polnischen Beziehungen durch Abschluß eines Schiedsvertrags Rechnung zu tragen, war bereits kurz vor dem Scheitern der Warschauer Verhandlungen im März 1924 unter den deutschen Diplomaten erörtert worden. Damals hatten allerdings die beiden scharfsinnigsten Außenbeamten, v. Hoesch in Paris und Rauscher in Warschau, übereinstimmend zu bedenken gegeben, daß solch ein Vertrag es Polen ermöglichen würde, sofort die Frage der Grenzenerkennung aufzuwerfen bzw. die Garantie des Status quo damit zu verknüpfen, ohne daß Poincaré sich deshalb veranlaßt sehen würde, seine Sicherheitswünsche am Rhein zu modifizieren³⁸.

Als Rauscher sich ein Jahr später erneut zu diesem Zusammenhang äußerte, war für ihn jedoch „ein Novum“ eingetreten: die Aussicht auf die Räumung des Rheinlandes. Deshalb kam er jetzt zu dem Schluß, daß die Wiedergewinnung deutscher Landesteile im Osten zwar „das unausgesprochene Endziel jeder deutschen Politik, aber kein Ziel für heute und morgen“ sei. Wichtiger und erreichbarer sei „eine Wiederherstellung des Reichsgebiets nach der okkupierten Seite hin“. Daß eine dafür gegebene Garantie der polnischen Westgrenze zugleich „in höchst unerwünschtem Maße auch zur Konsolidierung Polens beitragen würde, daß nicht nur das Gefühl des Bedrohtseins in bedeutendem Maße abnehmen, sondern auch das geldgebende Ausland daraufhin die Sicherheiten für eine polnische Anleihe ganz anders einschätzen würde“, wollte er hinnehmen; denn eine territoriale Veränderung an der deutschen Ostgrenze werde sich doch niemals auf friedlichem, sondern höchstens auf gewaltsamem Wege vollziehen. So realistisch diese Einsicht sein mochte, sofern sie zur stillschweigenden Aufgabe der in dieser Frage bisher vorherrschenden Amtsdoktrin führte, so bedenklich war allerdings die Konsequenz, daß, wenn es einmal zur Revision kommen sollte, so nur aufgrund der dann „tatsächlich vorhandenen Machtverhältnisse, denen gegenüber jeder Garantiepakt zu dem wird, was alle internationalen Verträge in solchem Augenblick sind: zu einem Stück Papier“³⁹.

Allerdings unterschätzte Rauscher die Subtilität seiner Zentrale sehr, wenn er

³⁷ BRM 15, 1 Bd. 1/D 642067; Schubert an Sthamer, 9. 1. 25.

³⁸ Rauscher nach eigener Wiedergabe, vgl. seinen in der nachfolgenden Anm. zit. Bericht; Hoesch an A. A., 12. 3. 24, BRM 10, 2/D 571247.

³⁹ BRM 15, 1 Bd. 1/D 642295 ff., Rauscher an A. A., 13. 2. 25.

meinte, daß für sie eine Alternative in der Form, in der er sie formulierte, überhaupt bestanden hätte. Es war vielmehr gerade das Bestreben Berlins, dem Angebot eines Schiedsvertrags von vornherein die authentische Interpretation mit auf den Weg zu geben, daß dieser keine Grenzgarantie bedeute, wohl aber die Zusage, bei der weiteren Verfolgung der Grenzrevision nur friedliche Mittel gebrauchen zu wollen. Diese Linie wurde im März 1925 herausgearbeitet – unter den Augen einer erregten europäischen Diplomatie und Öffentlichkeit: Als sich herausstellte, daß Polen im Hauptvertrag, so wie Deutschland ihn sich vorstellte, keinen Platz haben würde, war Graf Skrzyński nach Paris geeilt, hatte zwar öffentlich sein Vertrauen in die Bündnistreue Frankreichs bezeugt, nach Hörensagen in Diplomatenkreisen aber Herriot einen scharfen Auftritt gemacht und ihn empört gefragt, ob Frankreich Polen verraten wolle⁴⁰. In der französischen und polnischen Presse nahm die Vermutung immer bestimmtere Formen an, daß Deutschland nach Abschluß des Schiedsvertrags beabsichtige, das Grenzproblem aufzuwerfen und damit vor das dann etablierte Schiedsgericht zu gehen⁴¹. Hoesch vergewisserte sich bei seiner Zentrale, daß man das doch gewiß nicht wolle. Denn im gegenwärtigen Augenblick sei „selbst im günstigsten Falle höchstens mit einer unsere Wünsche in keiner Hinsicht befriedigenden Verbesserung“ zu rechnen⁴². Aus Genf, wo der Völkerbundsrat tagte, ließ der Danziger Senatspräsident Sahn in Berlin nachfragen, ob ein „offiziöser Schritt in Warschau wegen der Rückgabe des Korridors und Danzigs“ erfolgt sei⁴³, woraufhin Stresemann geduldig erläuterte, man habe, da man den französischen Standpunkt kenne, daß auch das Ostproblem eine Rolle spiele, diesem mit der Schiedsvertragsanregung entgegenkommen wollen; die polnische Interpretation sei „eine bewußte oder unbewußte Umkehrung des Sachverhalts“⁴⁴. Ebenso bestätigte Schubert Hoesch in seiner Version und instruierte ihn, „unseren

⁴⁰ BRM 10, 3/D 571 499 ff.; bes. ebd. – 671, Brockdorff-Rantzau an A.A., 4. 4., über Litwinow-Mitteilung einer Krassin-Information aus Paris.

⁴¹ Am 20. 1. 25 übergab Schubert das Sicherheitsmemorandum D'Abernon zur inoffiziellen Weiterleitung nach London (Stambrook, wie Anm. 35, S. 257 f.); offiziell trat die deutsche Diplomatie erst am 9. 2. durch Überreichung an Herriot damit hervor. Aber schon am 22. 1. erschien im „Petit Parisien“ ein Artikel über die deutschen Pläne, in dem schon der Finger auf die Wunde gelegt wurde: „mais qui ne garantissait pas l'intégrité des frontières germano-polonaises“; BRM 15, 1 Bd. 1/D 642072, Hoesch, 22. 1.; nachdem dann das Pariser Blatt am 25. 1. auf das Thema zurückkam und am selben Tage auch die „Germania“ es aufgriff, setzte eine breite Diskussion der deutschen Initiative in der westlichen und der polnischen Presse ein, ebd., Hoesch an A.A., 25. 1.; Schubert an Sthamer, 27. 1.; Hoesch an A.A., 29. 1. Im März riefen in Warschau der Magistrat, in Polnisch-Oberschlesien Presse und Gewerkschaften zu Protestdemonstrationen gegen „feindliche Pläne, die Grenze zu revidieren“, auf, BRM 10, 3/D 571 503, Schoenberg, Krakau, an A.A., 7. 3.; ebd., – 537, Dönhoff, Warschau, an A.A., 13. 3.

⁴² BRM 10, 3/D 571 506, Hoesch an A.A., 7. 3.

⁴³ Ebd., – 502, Aschmann, Genf, an A.A., 7. 3.; zu Sahms Aktivität in der Korridorfrage vgl. auch H. Sprenger, Heinrich Sahn, Kommunalpolitiker und Staatsmann, 1969, S. 146 ff.; s. auch unten S. 344.

⁴⁴ Ebd., – 512, Stresemann an Konsulat Genf, 9. 2.

Standpunkt und die öffentliche mala fides Polens in dortigen Kreisen mit allem Nachdruck zu betonen“⁴⁵.

Aber auch den Berliner Diplomaten der Großmächte fiel es schwer, den deutschen Gedankenbahnen zu folgen. So bekannte de Margerie am 16. März Stresemann, daß er hinsichtlich des polnischen Problems ratlos sei⁴⁶. Und gegenüber Schubert äußerte selbst der in die Berliner Geheimnisse am tiefsten eingeweihte Diplomat und Anreger der Sicherheitspaktinitiative, Lord D'Abernon, die „erstaunliche Ansicht, daß er doch wie alle Welt zunächst angenommen habe, daß wir ursprünglich an eine sofortige Aufrollung des polnischen Grenzproblems gedacht hätten“⁴⁷.

Das französische Mißtrauen gegen die deutsche Konstruktion kam am bündigsten zum Ausdruck, als Hoesch und Laroche, der wichtigste Mitarbeiter Herriots am Quai d'Orsay⁴⁸, am 19. März die Form eines eventuellen Schiedsvertrags erörterten. Laroche beanstandete, daß der von Deutschland vorgeschlagene Vertragstyp insofern altmodisch sei, als er die Anwendung von Gewalt als ultima ratio in Ehr- und Territorialfragen nicht ausschließe. Ferner seien Schiedsverträge zwar wirksame Mittel für die Ausschaltung von Gewalt bei der Regelung akuter Streitfälle, das „bloße Vorhandensein einer vertraglichen Grenze sei aber kein Streitfall, aufgrund dessen ein Schiedsgericht herbeigeführt werden könne“. Die logische Ergänzung des Schiedsvertrags sei deshalb ein Nichtangriffspakt. Hoesch kommentierte in seinem Bericht an die Zentrale, es sei Laroche's Hauptsorge, daß Deutschland sich durch die Regelung des Sicherheitsproblems die Möglichkeit schaffen könnte, durch eine sukzessive Aufrollung ost- und mitteleuropäischer Probleme „etwa von Danzig und dem Korridor beginnend über Oberschlesien, Posen und den Anschluß hinweg den gegenwärtigen Status von Europa umzuwerfen“⁴⁹.

Demgegenüber instruierte Schubert erneut seinen Pariser Botschafter, sich nicht „von der klaren Linie unseres Angebots abbringen zu lassen“⁵⁰. Und in der Tat hat die deutsche Politik diese Linie voll durchhalten können: Es gab für Polen keinen Nichtangriffspakt, keine Grenzgarantie, keinen „restlosen“ Schiedsvertrag. Und selbst die vorletzte von Frankreich zugunsten Polens eingenommene Position, die Forderung, Garantiemacht für den Schiedsvertrag zu werden, mußte es in Locarno noch räumen⁵¹. Ihm blieb nur übrig, noch in Locarno mit Polen einen

⁴⁵ Ebd., – 519, Schubert an Hoesch, 10. 3.

⁴⁶ Ebd., – 552 ff., Aufz. Stresemann, 16. 3., s. auch Stresemann, Vermächtnis, II, S. 83 ff.

⁴⁷ PA Bonn, Handakten (künftig: H.A.) Dirksen, Bd. 16: Polen-Korridor/E 369 452 ff., Aufz. Schubert, 21. 3.

⁴⁸ Jules Laroche war als Direktor der politischen Abteilung während der Verbannung Philippe Berthelots vom Posten des Generalsekretärs der Spitzenbeamten des Quai d'Orsay. Ende 1925 ging er als Botschafter nach Warschau.

⁴⁹ BRM 10, 3/D 571 599, Hoesch an A. A., 19. 3.

⁵⁰ Ebd., – 572, Schubert an Hoesch, 21. 3.

⁵¹ Gaus hatte solcher Konstruktion schon auf der Londoner Juristenkonferenz widersprochen, vgl. Erdmann (wie Anm. 35), S. 146; Stresemann hielt in Locarno den Widerspruch aufrecht, indem er Frankreich wegen seines Bündnisses für befangen erklärte: der Sekundant eines Partners könne nicht zugleich Schiedsrichter sein, s. seine Rede vor den Landsmannschaften (wie Anm. 61), S. 741.

neuen Beistandspakt abzuschließen, der jedoch, genau betrachtet, eine Abschwächung der Verpflichtungen aus dem Bündnis von 1921 bedeutete⁵².

Der Weg, auf dem die deutsche Diplomatie ihr Konzept durchsetzte, kann hier nicht nachgezeichnet werden. Es genügt, als Ergebnis festzuhalten, daß Stresemann und seine Delegation Locarno im Vollgefühl eines diplomatischen Sieges über Polen verließen⁵³, während Polen sich von seinem wichtigsten Alliierten im Stich gelassen fühlte, seine Westgrenze zu einer „Grenze zweiter Klasse“ abqualifiziert sah und doch in Locarno mitunterzeichnen mußte, wollte es sich nicht gänzlich isolieren⁵⁴.

V

In einem Memorandum des Foreign Office zur Vorbereitung der Imperial Conference im Oktober 1926 hieß es lapidar: in Locarno sei es den europäischen Staatsmännern gelungen, einen prekären Waffenstillstand in einen wirklichen

⁵² Das französisch-polnische Bündnis von 1921 verpflichtete zur uneingeschränkten gegenseitigen Unterstützung, also Frankreich auch zur Unterstützung eines eventuell aggressiven Polens. Der neue Beistandspakt hingegen folgte der Linie des Völkerbundes, indem er die Hilfe auf den Fall beschränkte, daß der Vertragspartner Opfer einer Aggression war. Die französisch-polnische Allianz wurde damit dem System von Locarno angepaßt, nicht umgekehrt, ein Vorgang, den der Chefjurist des Foreign Office die notwendige „Entgiftung“ des französisch-polnischen Bündnisses nannte, s. Erdmann (wie Anm. 35), S. 146; Stresemann, vor den Landsmannschaften (wie Anm. 61), S. 742.

⁵³ In der Kabinettsitzung nach Locarno konstatierte Stresemann: „daß Polen diese Lösung als eine völlige Niederlage ansehe“ (nach Erdmann, wie Anm. 35, S. 148; ähnlich vor den Landsmannschaften, wie Anm. 61, S. 740); besonders eindrucksvoll das Resümee Rauschers zum Jahresende 1925, ADAP, B, II, 1 Nr. 23: „Die Bilanz des Jahres 1925 ist die schwärzeste in der Geschichte des polnischen Staates . . . Außenpolitisch kann man . . . (sie) auf die Formel bringen, daß Polens Bestreben, sich als „Großmacht“ zu etablieren, nunmehr erledigt sein dürfte. . . . Locarno hat . . . diesen Aspirationen ein Ende bereitet. Das Antichambrieren des Grafen Skrzyński war der lebendige Ausdruck der Stellung Polens und das Ergebnis . . . hat Polen sowohl bündnispolitisch wie auch machtpolitisch auf den ihm gebührenden Rang zurückgewiesen. Hand in Hand damit ging als Ergebnis der monatelangen Diskussion über den Sicherheitspakt als Ansicht aller politisch Denkenden der Zweifel an der Haltbarkeit der polnischen Westgrenzen hervor, was die polnische Presse in besonders erregten Momenten dazu hinriß, selbst das Schlagwort von der bevorstehenden vierten Teilung Polens auszugeben.“

⁵⁴ Auf das im Sejm gefallene Wort von den „Grenzen zweiter Klasse“ nahm Stresemann, in seiner Rede vor den Landsmannschaften (wie u. Anm. 61, S. 424) Bezug; die Belastung des französisch-polnischen Verhältnisses wird deutlich aus Briands Klage gegenüber Hoesch, „Polen leide unter einer nicht immer in angenehmen Formen sich äußernden Psychose“ - BRM 15, 1, Bd. 6, Hoesch an A.A., 6. 8. 25; die Ohnmacht der polnischen Diplomatie kennzeichnet des Grafen Skrzyński im Sejm gegebene Antwort auf die Frage, ob er sich wenigstens einen ständigen Völkerbundsratssitz als Gegenleistung habe zusichern lassen: Er habe in dem Augenblick, in dem Polen Hand in Hand mit den Völkern guten Willens gegangen sei, mit dem Wort Polens nicht Handel treiben wollen; BRM 10, 4/D 572 093, Rauscher an A.A., 25. 2. 26.

Frieden umzuwandeln⁵⁵. Was den Zeitgenossen als Epoche erschien, gewinnt allerdings im Rückblick die fließenden Konturen eines Übergangs. Nicht nur, daß die Beteiligten Locarno alsbald im Sinne ihrer eigenen Interessen interpretierten, sie haben auch im Bewußtsein, in Locarno Konzessionen gemacht zu haben, die angestrebte Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Gesamtpolitik durch eine entschiedene Verfolgung ihrer alten Ziele auszubalancieren gesucht.

So war die französische Politik bisher vom Leitmotiv der *Securité* bestimmt gewesen. Sie hatte jetzt eine Sicherheitslücke schließen können – aber nur unter Preisgabe der Interessen ihres Bundesgenossen und damit unter Verzicht auf eine für die eigene Sicherheit ebenfalls wichtige Position. So war ihr für die folgenden Jahre, ob sie nun von der elastischen Haltung Briands oder der starren Poincarés bestimmt wurde, das Ziel gewiesen, diese Scharte auszuweiten. Deshalb engagierte sie sich 1926 für Polens Forderung nach einem ständigen Völkerbundsratssitz, unterstützte sie 1927 Polens „Ost-Locarno“-Vorschlag, machte sie 1929 die Revision des Dawesplans von der „Liquidation der Vergangenheit“ abhängig, womit Deutschland und Polen zumindest zur endgültigen Beilegung ihrer Finanzstreitigkeiten gezwungen wurden⁵⁶. Und auch der Europaplan, mit dem Briand im gleichen Jahr hervortrat, war vornehmlich von dem Wunsch nach endgültiger Stabilisierung der europäischen Staatenordnung motiviert⁵⁷.

⁵⁵ DBFP, Ia, I Nr. 1.

⁵⁶ Vgl. o. Anm. 9 und 12; das Liquidationsabkommen war das Ergebnis der von den Alliierten auf der 1. Haager Youngplan-Konferenz geforderten und zwischen dieser und der 2. Haager Konferenz geführten deutsch-polnischen Verhandlungen „zur Liquidation der Vergangenheit“.

⁵⁷ Charakteristisch für diesen Aspekt der französischen Außenpolitik ist eine Episode, die im Sommer 1928 die deutschen Diplomaten beunruhigte: Zaleski beanspruchte für Polen ein Mitspracherecht in der Rheinlandräumung mit der Begründung, die Rheinlandbesetzung bedeute eine allgemeine Vertragsgarantie, die nur gegen gleichwertige Kompensationen im Osten und Westen aufgegeben werden könne – also nicht nur eine Garantie für die Reparationszahlungen, die mit der angestrebten Revision des Dawesplans hinfällig werden konnte, wie die deutsche These lautete. Die deutsche Besorgnis entzündete sich daran, daß Zaleski „diese These auch im unmittelbaren Anschluß an Gespräche mit Briand und Berthelot vertreten hat, ohne von französischer Seite Widerspruch zu finden“. Briand habe früher, so Schubert an Hoesch, 16. 6. 28, „jegliche Verquickung Rheinlandfrage mit deutsch-polnischem Problem als absurd bezeichnet, neuerdings aber sehr flexible Formulierungen benutzt“. Dabei sei doch in der bisherigen Entwicklung der deutsch-französischen Diskussion immer klar gewesen, daß eine endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze oder andere Garantien für den territorialen Status im Osten für Deutschland unzumutbar seien; BRM 10, 8/D 573 629 ff. Hoesch drang darauf in Briand, der sich zunächst sträubte, das Thema zu erörtern, schließlich „unter Zusage allerstrengster Diskretion“ zu verstehen gab, daß er die deutsche Interpretation der Vertragsbestimmung auch für sich gelten lasse, aber doch hinzufügte, „er verschließe sich selbstverständlich nicht grundsätzlich polnischen Sicherheitswünschen“, Hoesch an A. A., 22. 6. 28, BRM BStS Po 3/E 169 116 ff. Rauscher sah hinter diesem Vorgang „Einflüsse am Werk, die nicht nur in Warschau zu suchen sind“, und lokalisierte sie „in französischen Kreisen rechts von Briand“, BStS Po 3/E 169 121, Rauscher, 28. 6., privat an Köpke.

Englands Ausgangslage war anders gewesen. Der Sicherheit nicht in dem Maße wie Frankreich bedürftig, hatte es in und nach Versailles zwei Erfahrungen machen müssen: die einer weitgehenden Ohnmacht gegenüber der auf *Securité* pochenden hegemonialen Europapolitik Frankreichs und die einer starken Abhängigkeit seiner Industrie von einem funktionierenden Weltmarkt. Daraus folgte: die Neigung zum Non-commitment, die sich im Hinblick auf Osteuropa zum Prinzip verhärtete⁵⁸; die Einsicht in die Notwendigkeit einer europäischen Rekonstruktion, die zu den Initiativen für Cannes und Genua führte; und, da von der französischen Sicherheitspolitik immer wieder in der „Reconstruction-policy“ behindert, das Streben zurück zur Balance of power als bester Basis zur Wahrung der englischen Interessen. Mit der in Locarno übernommenen Garantie der Rheingrenze trat England wieder in seine alte Schiedsrichterrolle ein. Zugleich konnte es davon ausgehen, daß die jetzt erreichte Befriedung den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Europas nach sich ziehen werde. Demgegenüber erschien der Preis nicht zu hoch, zumal er nicht in englischer Währung zu zahlen war. Denn das englische Non-commitment in Osteuropa kam der deutschen Politik der Differenzierung zwischen West- und Ostgrenze sehr entgegen. Auf der Londoner Juristenkonferenz war es Hurst, der Chefjurist des Foreign Office, der auf Adjustierung des französischen Bündnissystems durch „Entgiftung“ des polnischen Paktes drängte⁵⁹. Die Reduzierung der juristischen Verbindlichkeit legte allerdings dem ehrlichen Makler, gerade weil er es war, der die französische Partei auf diesen Weg gezogen hatte, eine über das bisherige Non-commitment hinausgehende moralische Verantwortung auf. So kam Chamberlain dazu, Deutschland und Polen zu „Gesten im Geiste von Locarno“ zu drängen. Die Rückkehr zur Politik der Banalance of power war der Beginn der Politik des Appeasements⁶⁰. Der Erfolg einer auf Appeasement

⁵⁸ Vgl. DBFP, Ia, I, S. 846–881, ein von Gregory, dem Assistant Under Secretary, am 10. 4. 26 A. Chamberlain übergebenes Memorandum über Englands außenpolitische Verpflichtungen „in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit“. Darin erst unter Punkt 48, S. 857: Trotz des in Locarno abgeschlossenen Schiedsvertrags werde Deutschland sich nicht zufrieden geben, bis das nach seiner Meinung ihm angetane Unrecht wiedergutmacht sei . . . England habe in Locarno zu verstehen gegeben, daß es keine weiteren Verpflichtungen in Osteuropa zu übernehmen bereit sei. Es sei als Völkerbundsmitglied lediglich gehalten, seinen Teil zur Verhinderung einer gewaltsamen Lösung dieser Frage beizutragen. Was für eine Verpflichtung sich daraus im Ernstfall ergebe, sei eine rechtlich äußerst komplexe Frage. Wahrscheinlich aber werde sie ohnehin eher unter dem Gesichtspunkt des Interesses als dem von Recht und Verpflichtung entschieden. Aber auch wozu das Interesse raten werde, sei jetzt nicht abzusehen, „but as a matter of history it may be recalled, that this country never in the past has taken up arms to resist the dismemberment of Poland even in days when we were not crippled by a colossal war debt“. Von A. Chamberlain war diese Haltung schon zuvor, anlässlich der Ablehnung des „Genfer Protokolls“ auf die bekannte Formel gebracht worden, daß keine britische Regierung die Knochen auch nur eines britischen Grenadiers für den polnischen Korridor riskieren könne (an Lord Crewe, 16. 2. 25, zit. nach Charles A. Petrie, *The Life and Letters of Sir Austen Chamberlain*, II, London 1940, S. 258f.).

⁵⁹ S. o. Anm. 52.

⁶⁰ Vgl. M. Gilbert, *The Roots of Appeasement*, London 1966; darin korrigiert Gilbert

gerichteten Politik aber ist immer vom guten Willen des anderen abhängig. Wie stand es mit diesem im Falle Deutschlands?

In zwei großen nichtöffentlichen Reden⁶¹ hat Stresemann Locarno in den Zusammenhang seiner Revisionspolitik gestellt. In Ermangelung von Machtmitteln sah er nur die Möglichkeit einer „Ausnutzung der Wirtschaft durch Politik“⁶², und auf diesem Wege meinte er, in Locarno einen entscheidenden Schritt vorangekommen zu sein. Den deutschen Erfolg sah er nicht eigentlich in der Westregelung. Nach den hier vertraulich ausgesprochenen Intentionen seiner Politik „war die Hauptfrage in Locarno die: Was wird aus dem deutschen Osten?“⁶³. Diese Frage aber sei ganz im deutschen Sinne beantwortet worden. Unter Abwehr der Forderungen nach Umgestaltung der von Deutschland vorgeschlagenen Schiedsverträge sei es gelungen, die Frage der Ostgrenze für zukünftige Entwicklungen offenzuhalten⁶⁴ und der internationalen Diplomatie das ganze Gewicht des Problems so bewußt zu machen, daß es nun, wie aus durchsichtigen Äußerungen Chamberlains und Vanderveldes hervorgehe, „in der Diskussion in der Welt“ stehe⁶⁵.

Aber diese Hinweise ließen wichtige Fragen offen: Unter dem Gesichtspunkt nationaler Revisionspolitik ging man – ungeachtet aller juristischen Verwahrung – vielleicht schon zu weit, wenn man mit Polen überhaupt einen Vertrag im „Geiste von Locarno“ abschloß. Und andererseits: Worauf war denn unter der seit Locarno akzeptierten Prämisse der friedlichen Mittel eine in der Grenzfrage weiterführende Politik zu gründen? Hatte man sich in Locarno nicht auf die Präambel des deutsch-polnischen Schiedsvertrags festgelegt, in der es hieß, daß die Rechte eines Staates nicht ohne seine Zustimmung geändert werden könnten? Stresemann wandelte diese Formel unter Berufung auf eine scherzhafte Bemerkung Briands teils ins Harmlose – sie besage, wie Präambeln überhaupt, gar nichts –, teils disputierte er sie hinweg: wenn irgendeine Änderung der Grenzen eines Staates stattfinde, auch wenn sie dem Staat gegen seinen Willen aufgezwungen werde, so sei das in der Weltgeschichte noch immer mit dessen Zustimmung geschehen. Alle durch Krieg geschaffenen neuen Rechte hätten stets von den Unterlegenen völkerrecht-

seine zuvor in M. Gilbert-R. Gott, *The Appeasers*, 1963, vertretene herkömmliche, an der Politik Neville Chamberlains orientierte kritische und enge Auffassung der Kategorie des Appeasements zugunsten einer zeitlich und inhaltlich umfassenderen. Es scheint mir allerdings nicht richtig zu sein, schon die Phase der Versuche einer Eindämmung der französischen Deutschlandpolitik, beginnend mit dem Fontainebleau-Memorandum, unter diesen Begriff zu subsumieren.

⁶¹ Rede vor dem DVP-Zentralvorstand, 22. November 1925, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 416–436; Rede vor der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landmannschaften in Groß-Berlin“, 14. 12. 1925, in: ADAP, B, I, 1, Anhang II, S. 727–753; eine um die Hälfte gekürzte Fassung in: Vermächtnis II, S. 231–244.

⁶² ADAP, a. a. O., S. 755; über dies Prinzip seiner Politik insgesamt ebd., S. 728–736; vgl. auch den diesem Aspekt gewidmeten Beitrag J. Bariétys in: *Locarno und die Weltpolitik 1924–1932*, hg. H. Rößler, 1969, S. 32 ff.

⁶³ ADAP, a. a. O., S. 737.

⁶⁴ ADAP, a. a. O., S. 740; in dieser Zeitschrift a. a. O., S. 419 f., 423 f.; s. auch o. S. 336.

⁶⁵ In dieser Zeitschrift a. a. O., S. 430.

lich anerkannt werden müssen⁶⁶. Die zweite Frage aber beantwortete Stresemann mit einer reichlich vagen Zukunftsaussicht: er könne sich vorstellen, daß sich Möglichkeiten einer friedlichen Revision ergäben, „wenn einmal Verhältnisse entstehen, die den europäischen Frieden oder die wirtschaftliche Konsolidierung Europas durch die Entwicklung im Osten bedroht erscheinen lassen, und wenn man zur Erwägung kommt, ob diese ganze Nichtkonsolidierung Europas nicht ihren Grund in der unmöglichen Grenzziehung im Osten mit hat“. Wenn Deutschland dann aber seine Forderung erfolgreich vertreten wolle, müsse es „sich mit den ganzen Weltmächten, die darüber zu entscheiden haben, politisch auf einen freundlichen Verständigungsfuß und andererseits auf eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft“ gestellt haben⁶⁷.

In dieser Sicht war Deutschlands Eintritt in das Konzert der europäischen Mächte in erster Linie ein vorbereitender Schritt auf dem Wege zur Grenzrevision. Im polnischen Entgegenkommen in der Optanten- und Liquidationsfrage nach Locarno, das als Geste gemeint war und eine Gegengeste vergeblich erwartete, sah Stresemann schon den Beginn der Revision im Osten⁶⁸ – ein Umstand, der ihm gewichtiger erschien als die Hoffnung auf „Rückwirkungen“ im Westen, auf die weithin das öffentliche Interesse sich richtete⁶⁹. Auch im Handel um Eupen-Malmedy, von dem er in Andeutungen sprach, ging es ihm darum, „daß eine erstmalige Revision der deutschen Grenze von der allergrößten moralischen Bedeutung für die ganze künftige Entwicklung in Europa sein könnte“⁷⁰. Schließlich gab er zu erkennen, daß er auch die direkten Auswirkungen von Locarno auf die polnische Öffentlichkeit interessiert beobachtete. Polen habe als Bundesgenosse einer anderen Macht ein großes Heer ausgerüstet, welches von dieser jetzt nicht mehr benötigt werde: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und soll jetzt sein Heer reduzieren.“ Das aber scheitere an der polnischen Volksstimmung; andererseits aber stehe der Staat vor seinem finanziellen Zusammenbruch und befinde sich in der schwierigsten Situation. „Da kommt eben die Frage, ob man im gegebenen Moment den Zipfel des Gewandes ergreift“⁷¹.

Der mit dieser Anspielung auf Bismarck sich selbst gesetzte staatsmännische Maßstab ist allerdings auch als Hinweis darauf zu verstehen, daß politisches Kalkül nicht auch schon eine Zeitplanung beinhalten mußte. Der glückliche Griff „im gegebenen Moment“ ist der Form nach eine Methapher für die Kunst des Abwartenkönnens, der Sache nach eine Spekulation auf die Instabilität – ähnlich

⁶⁶ ADAP, a. a. O., S. 741; in dieser Zeitschrift a. a. O., S. 423.

⁶⁷ ADAP, a. a. O., S. 743; in dieser Zeitschrift a. a. O., S. 429.

⁶⁸ Auch Rauscher freute sich darüber, daß „die ersten Locarneser Früchte auf meinem polnischen Baum gereift sind“, PA Bonn BStS Po 1/E 168386f.

⁶⁹ In dieser Zeitschrift a. a. O., S. 427; Stresemann bemühte sich darum, unrealistische Hoffnungen auf eine baldige Räumung der 2. und 3. Zone nicht aufkommen zu lassen und hielt den Nachdruck, den Luther in Verteidigung von Locarno auf diesen Terminus legte, für verfehlt (Vermächtnis, Bd. II, S. 247).

⁷⁰ ADAP, a. a. O., S. 739.

⁷¹ Ebd., S. 745.

jener Suggestion gegenüber de Margerie, daß die Dinge im Osten früher oder später doch in Bewegung geraten würden, aber von Rußland her⁷².

Beide Reden waren gewiß in hohem Maße taktisch bedingt und auf ihr Publikum bezogen. Mit der Rede vor dem Zentralvorstand führte Stresemann die DVP in den Kampf um die auch von der DNVP beanspruchte nationale Wählerschaft. Deshalb ging es ihm darum, seiner Partei eine nationalistisch akzentuierte Konzeption seiner Politik zu vermitteln und ihr dadurch Argumente an die Hand zu geben. Und Landsmannschaften sind vor allem an territorialen Fragen interessiert. Trotzdem wird auf die Frage, wie Locarno von den einzelnen Partnern jeweils im Rahmen ihrer nationalen Politik interpretiert wurde, für Deutschland zu antworten sein: als der internationale diplomatische Durchbruch, der es erlaube, die Revision der territorialen Klauseln des Versailler Vertrags ins Auge zu fassen.

VI

Damit stellt sich die Frage, ob die nach Locarno verfolgte deutsche Außenpolitik realistisch war. Wie sahen die Pläne im Amt aus, und wer waren ihre Urheber? Welche Mittel zur Durchsetzung wurden erwogen und welche Aktionen unternommen? Und wie stand es um deren internationale Chancen, um die Möglichkeiten der Beeinflussung und Kooperation diplomatischer Partner? Was in Stresemanns Reden Andeutung war, hatte sich im Amt längst zum Pläneschmieden verdichtet, und zwar in einer Folge von Aufzeichnungen des Dirigenten der Ost-europa-Abteilung, v. Dirksen. Rauscher reagierte mit Gegenmemoranden und in privater Korrespondenz, und beider Meinungs-austausch ging an Schubert, ihren Vorgesetzten, der ihn mit seinen Marginalien kommentierte⁷³. Die Analyse dieser amtsinternen Diskussion liefert wichtige Elemente zur Beantwortung der gestellten Fragen⁷⁴.

Die erste „Aufzeichnung über die Aufrollung der Korridorfrage“ arbeitete

⁷² Wie Anm. 46.

⁷³ Die meisten Stücke – wegen des Stichdatums der Edition jedoch nicht die ausführlichen ersten Memoranden beider Seiten – sind jetzt gedruckt ADAP B II, 1 (s. besonders Nrn. 21, 23, 74, 211) und II, 2 (Nrn. 1, 2, 3, 8, 13, 95); einige wurden polnisch übersetzt von Barbara Ratyńska, Niemcy wobec stabilizacji waluty polskiej w latach 1925–1926, in: Sprawy Międzynarodowe 13, 1960, S. 70 ff.

⁷⁴ Es ist ein schwerwiegender Mangel der im übrigen auf großer Aktenkenntnis beruhenden Arbeiten von Korbel und Gasiorowski (s. o. Anm. 6), daß sie den Prozeß der internen Meinungsbildung im Amt vorschnell mit Stresemanns Politik identifizieren und wichtige Schlüsseldokumente falsch zuordnen. So schreibt Korbel S. 198 f. Dirksens Aufzeichnung eines Gesprächs mit Schacht vom 5. 1. 26 Stresemann zu, Gasiorowski S. 294 f. sieht in Rauschers Gegenmemorandum vom 19. 11. 25 ein Werk Schuberts, kennzeichnet S. 296 Anm. 15 Sthamers Bericht vom 19. 3. 26 an das Amt über Dufours Gespräch mit Tyrrell als Bericht Dufours an Stresemann und macht S. 305 wiederum Stresemann statt in Wirklichkeit Schubert zu Zaleskis Gesprächspartner in jener merkwürdigen Unterredung über die Zukunft des Korridors (s. u. Anm. 154).

Dirksen schon im März 1925 aus⁷⁵ – angeregt offensichtlich durch den auf der Rückreise von Genf bei ihm vorsprechenden Danziger Senatspräsidenten Sahn, der berichtete, daß während der Völkerbundsratsstagung das Korridorproblem „sehr akut“ gewesen sei⁷⁶. Dirksen umriß zunächst, was überhaupt zurückzufordern sei: Westpreußen zuzüglich des Netzedistrikts bis zu einer Linie südlich Thorn–Bromberg. Er erörterte die Form, die der Forderung gegeben werden könnte, fragte sich besonders, ob es vielleicht zweckmäßig sei, den Korridor dem Freistaat Danzig anzugliedern – was er jedoch als bedenklich verwarf, da „der rein deutsche Freistaat dadurch polnisch infiziert und majorisiert würde“. Er suchte nach Mitteln und lehnte eine Volksabstimmung als zu riskant ab, da die zu fordernden Garantien, die Teilnahme der Bevölkerung und der nach Deutschland Abgewanderten wie ein Ausschluß der seit 1920 eingewanderten Polen, nicht zu erreichen sein würden. Und er machte sich sogar schon Gedanken über eine spätere „Entpolonisierung“ des Gebiets, wobei er eine Umsiedlung denn doch als undurchführbar verwarf. So wandelte er in den Gedankenbahnen der Germanisierungspolitik der Vorkriegszeit, und die Sprache verrät den Zynismus dieses Sandkastenspiels. So

⁷⁵ BStS, Po, Bd. 1/E 168384f., Aufz. Dirksen, 21. 3. 25.

⁷⁶ BStS, Po, Bd. 2/E 168896ff., Aufz. Dirksen, 18. 3. 25; vgl. Kimmich (wie Anm. 35), S. 72f.; Sprenger (wie Anm. 43), S. 146f.; zu ergänzen sind: Aufz. Schubert über Gespr. mit Sahn, 18. 3. 25, PA Bonn H. A. Dirksen Bd. 16/E 369436ff.; Aufz. Schubert über Gespr. mit Kerr, 20. 3. 25, ebd./E 369446ff.; danach lassen sich Vorgang und Argumente rekonstruieren, die Dirksen zur inneramtlichen „Aufrollung der Korridorfrage“ inspirierten, wobei deutlich wird, wie sehr diese Überlegungen von Anfang an von Wunschdenken begleitet waren: Es waren die Diskussion über die Implikationen der deutschen Schiedsvertragsanregung und mit ihr verbundene Gerüchte, auf die Sahn Anfang März in Genf stieß und aus denen er heraushörte, was er heraushören wollte: Chancen für eine sofortige Rückforderung des Korridors (s. o. S. 336 mit Anm. 43); und trotz der ihm schon in Genf durch Kabel aus Berlin zuteil gewordenen Belehrung über die Intentionen der deutschen Außenpolitik (s. o. Anm. 44), trug er auf der Rückreise Dirksen und Schubert vor, „er habe in Genf den bestimmten Eindruck gewonnen, daß sich für uns mehr erreichen ließe, als gegenwärtig von uns angestrebt werde“. Beide legten ihm erneut dar, daß die im Hinblick auf den Sicherheitspakt konzipierte Politik ausschließe, die Korridorfrage sofort aufzuwerfen, reagierten im übrigen aber mit einer charakteristischen Differenz: Dirksen erörterte trotzdem hypothetisch Details einer eventuellen Korridorlösung und fertigte einige Tage später seine Aufzeichnung an als eine Gedankenspielerei, die „bei der gegenwärtigen Konstellation . . . in das Gebiet der Konjunktural-Politik“ gehöre. Der skeptischere Staatssekretär forschte dagegen Sahn nach den Gründen für seine Zuversicht aus, worauf dieser sich auf Gespräche vor allem mit Selby, dem Privatsekretär Austen Chamberlains, bezog, was Schubert allerdings nicht beeindruckt konnte, da „der brave Selby einem gern etwas Freundliches sagt“. Dirksen gegenüber hatte Sahn sich auch auf Philip Kerr, den späteren Lord Lothian, berufen, und in diesem Fall ergab sich für Schubert zwei Tage später sogar die Gelegenheit zur Verifizierung, als Kerr nach Berlin kam und ihm „spontan und aus eigener Initiative“ erklärte, Deutschland könne keinen größeren Fehler machen, als schon jetzt die Frage seiner Ostgrenze anzuschneiden. Schubert entgegnete – und daraus ergibt sich, daß er Dirksens Aufzeichnung über dessen Sahn-Gespräch genau gelesen hatte –, erst kürzlich sei ihm mitgeteilt worden, man würde es in England verstehen, wenn Deutschland diese Frage jetzt aufwerfe, worauf Kerr die ihm nachgesagte Meinung entschieden dementierte und damit Schubert nur in seinem Argwohn bestätigte.

sagte er, „die vorstehend skizzierten Gedanken“ seien nur zu erörtern „mit einem im Verwesungszustande befindlichen Polen. Bei der gegenwärtigen Konstellation gehören sie in das Gebiet der Konjunktural-Politik“. Im November legte er dann eine weit umfangreichere und detailliertere Aufzeichnung vor⁷⁷, die nun nicht mehr als „Konjunktural-Politik“ gemeint war; glaubte Dirksen doch jetzt, bestimmte Auswirkungen von Locarno in Richtung auf sein Wunschziel hin erkennen zu können. So kam er zu folgender Deduktion: Locarno bedeute die Lockerung des französisch-polnischen Bündnisses. Als nächstes sei über eine allgemeine Entwaffnung die Reduzierung der polnischen Armee herbeizuführen. Ein Polen mit schwachem Heer werde keinen Anreiz für Bündniskombinationen bieten und politisch vereinsamen, was wiederum den wirtschaftlichen Zerfall beschleunige. Zwar werde Englands Sanierungsinteresse mit dem fortschreitenden Zerfall zunehmen, doch bedürfe London für seine Pläne „der deutschen Sachkunde in polnischen Angelegenheiten“, und diese Mitwirkung sei nur gegen politische Zugeständnisse zu gewähren. Auf dem Wunschzettel aber waren nun neben dem Korridor auch Ost-Oberschlesien und eine Verschiebung der Grenze in der früheren Provinz Posen nach Osten – „genaue Linienführung vorbehalten“ – aufgeführt⁷⁸. Als vordringlich empfahl Dirksen einen Meinungs-austausch mit Lord D'Abernon, und zwar mit dem Tenor: Deutschland sei zur Mitarbeit an einem englischen Sanierungsplan für Polen unter der Voraussetzung der Erfüllung der deutschen Forderungen bereit; andernfalls habe Deutschland kein Interesse an der Sanierung und werde „ihr entgegenarbeiten“.

Die Einseitigkeit der Gedankenführung braucht kaum hervorgehoben zu werden. Weshalb etwa sollte eine Rüstungsreduzierung, die doch zunächst eine Entlastung des überstrapazierten Budgets bedeutet hätte, Polens wirtschaftlichen Niedergang beschleunigen? Charakteristisch für Dirksens Unlogik ist auch, daß er von politischen Voraussetzungen auf wirtschaftliche Konsequenzen und umgekehrt schloß. Trotzdem bedurfte es dann immer noch der Einführung des deutsch-nationalen Glaubenssatzes von der unersetzbaren deutschen Sachkunde in polnischen Angelegenheiten, um überhaupt eine Verhandlungsposition gegenüber England zu begründen.

Schubert ist dieser Argumentation denn auch nur mit vielen Fragezeichen gefolgt; insbesondere den Schluß, eine eventuelle Sanierungsaktion zu hintertreiben, hat er sich nicht zu eigen gemacht⁷⁹. Aber er stand diesen Gedankengängen doch nahe. Dabei war ihm durchaus ein Alternativplan ins Haus geschickt worden. Am 19. November hatte Rauscher seine Meinung dargelegt⁸⁰ und für den Abschluß des Handelsvertrages, der inzwischen trotz des Zollkriegs wieder verhandelt wurde, plädiert, obwohl dieser „zur Konsolidierung Polens beitragen und vielleicht Signal zu seiner Sanierung sein werde“. Er warnte ausdrücklich vor der

⁷⁷ BStS, Po, Bd. 1/E 168 406 ff., Aufz. Dirksen, 16. 11. 25.

⁷⁸ Die der Aufz. beigegebene Karte ist gedruckt als Anlage zu ADAP, B, II, 1.

⁷⁹ Marginalie: „oho“.

⁸⁰ BStS, Po, Bd. 1/E 168 400 ff.

„landläufigen, auch von ernsthaften Menschen vertretenen Ansicht, . . . man brauche nur durchzuhalten und zuzuwarten, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens zu erleben, dem dann auch der politische folgen werde; und aus dem so entstandenen Chaos werde Deutschland seine verlorenen Gebiete herausholen können“. Wer so argumentiere, verkenne den hohen Grad von Verelendung, den eine bedürfnislose Bevölkerung in einem Agrarlande ertragen könne. Es sei ganz abwegig, die Gewährung einer Sanierungsanleihe an territoriale Konzessionen zu knüpfen; denn noch nie in der Geschichte habe ein Finanzkonsortium einen souveränen Staat zu territorialen Verzichten zwingen können. Da ohnehin die Korridorfrage nur beim Zusammentreffen zahlreicher günstiger Umstände durch Gewalt zu lösen – und deshalb heute nicht aktuell – sei, müsse Deutschland sich an der Sanierung beteiligen, um seinen wirtschaftlichen Einfluß in Polen zu bewahren. Politisch bedeutsam könne höchstens werden, daß über die bei einer internationalen Sanierungsanleihe notwendige Budgetkontrolle Polen durch Abstriche an seinen Militärausgaben auch machtpolitisch auf das ihm zukommende Maß eines Mittelstaates reduziert werden könne. Auf die politische Zurückdrängung Polens in Locarno könne so die militärische folgen; die territoriale müsse einer fernerer Zukunft vorbehalten bleiben⁸¹.

Rauscher hatte diese Aufzeichnung in aller Eile nach Berlin gesandt, weil er davon ausging, daß es in London zu einem deutsch-polnischen Ministergespräch kommen werde⁸². Da aber Stresemann eine Begegnung mit dem polnischen Außenminister vermied, konnte dieser nur ein Routinegespräch mit Schubert führen: Graf Skrzyński drängte auf den baldigen Abschluß des Handelsvertrags, Schubert wich höflich aus – und bemühte seinerseits „den Geist von Locarno“ und „die neue Ära, in die man eingetreten sei“, um weitere polnische Gesten zu erwirken⁸³. Daß er damit jedoch eher der Linie Dirksens als der Rauschers folgte, wird aus seiner Marginalie zur Rauscher-Aufzeichnung deutlich: Die militärische Reduzierung könne auch ohne gleichzeitige wirtschaftliche Sanierung erfolgen; da eine Teilnahme an der Sanierung für Deutschland vorläufig noch nicht tragbar sei, müsse zunächst eine Verzögerung der Sanierung angestrebt werden⁸⁴.

Der Gegensatz trat schärfer hervor, als Rauscher bald darauf nach Berlin kam, um auf einen baldigen Abschluß des Handelsvertrags zu dringen. Seine Kritik an der bisherigen Verhandlungsführung wurde vom Staatssekretär „ungnädig“ aufgenommen⁸⁵. In dem anschließend von Warschau aus fortgesetzten Briefwechsel⁸⁶

⁸¹ Zu den mißverständlichen und z. B. von Gasiorowski (s. o. Anm. 74) auch mißverstandenen martialischen Tönen Rauschers vgl. u. S. 366.

⁸² S. o. S. 524; in BStS, Po, Bd. 1/E 168 426 ff. auch die für ein Londoner Ministergespräch vorbereiteten Materialien.

⁸³ ADAP, B, II, 1 Nr. 2.

⁸⁴ Die Marginalie auf Exemplar in H. A. Dirksen, Bd. 17/E 369 906. Schubert fährt fort: „Ich halte Korridor-Abtrennung auch für denkbar ohne Gewalt – vgl. 1.–3. Teilung“.

⁸⁵ Das ergibt sich aus den einleitenden Bemerkungen seines Briefes an Schubert vom 29. 12. 25, s. folg. Anm., die in dem in ADAP gedruckten Auszug übergangen sind.

⁸⁶ BStS, Po, Bd. 1/E 168 365 ff., Rauscher an Schubert, 29. 12. 25, in Auszug ADAP,

hielt Rauscher eine „Spekulation à la baisse“ für gefährlich, weil dadurch der günstigste Moment für den auch im deutschen Interesse liegenden Vertragsabschluß verpaßt werde. Polens Haltung werde sich unweigerlich verhärten, sobald die englische oder amerikanische Sanierungsanleihe in Sicht komme, die zu verhindern Deutschland nicht in der Lage sei. Schubert dagegen wehrte sich gegen die Unterstellung einer solchen Spekulation, bestand aber darauf, nicht unter Zeitdruck zu stehen, da mit einer solchen Sanierungsanleihe nicht zu rechnen sei. Nimmt man seine Verteidigung und seine Marginalien zusammen, so läßt sich sagen, daß er die Verhandlungen bürokratisch betrieb und auf die Baisse zwar nicht spekulierte, wohl aber auf sie hoffte. Der eigentliche Spekulant war Dirksen. Von ihm unterschied sich Schubert in Augenmaß und Stil des diplomatischen Vorgehens. Auch das läßt sich verdeutlichen:

Als Dirksen in seiner Novembereaufzeichnung als nächsten Schritt einen Gedankenaustausch mit Lord D'Abernon befürwortete, war das Gespräch vom englischen Botschafter bereits eröffnet worden, der allerdings nicht um deutsche Beteiligung an der Sanierung Polens nachsuchte, sondern sich im Auftrage seines Ministers nach den deutschen Reaktionen auf die von Chamberlain ja nicht unwesentlich geförderten Gesten des Grafen Skrzyński erkundigte⁸⁷. Die Verlegenheit, in die er damit die deutsche Diplomatie mit den hochgesteckten Zielen ihrer Polenpolitik brachte, wird daran deutlich, daß Schubert sich der englischen Aufforderung zur Gegengeste mit dem schwachen Argument zu entziehen versuchte, Deutschland habe auch seinerseits die Ausweisung der polnischen Optanten aufgehoben. Lord D'Abernon fand dies im Hinblick auf die völlig ungleiche Proportion doch nicht ganz hinreichend und fragte weiter, ob man nicht mehr tun könne, vielleicht bei den Handelsvertragsverhandlungen, worauf er Schuberts Maxime zu hören bekam, es sei doch unzweckmäßig, politische Fragen mit handelspolitischen zu verknüpfen; außerdem sei die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen, daß „eben Schlesien in zwei Teile gespalten sei“⁸⁸. Von dieser Schwierigkeit aber ließ Lord D'Abernon sich nicht abschrecken. Er ging über seinen Auftrag hinaus und begann, in der Hoffnung, Deutschlands starre Haltung in diesem Punkte aufzulockern, freimütig die Grenzfrage zu erörtern⁸⁹.

B, II, 1, S. 94 Anm.1; Schubert an Rauscher, 6. 1. 26, ADAP, B, II, 1 Nr. 31; Rauscher an Schubert, 8. 1. 26, BStS, Po, Bd. 1/E 168380ff.

⁸⁷ S. o. S. 324, Anm. 3; die im folgenden diskutierten Schubert-D'Abernon-Gespräche fanden statt: am 23. 10. 25, Aufz. Schubert, BStS, Po, Bd. 1/E 168390; am 29. 10., zwei Aufz. Schuberts, ebd./-392ff.; am 20. 11., D'Abernon an Chamberlain, DBFP, Ia, I Nr. 118; am 27. 2. 26, Aufz. Schubert, ADAP, B, II, 1 Nr. 71; ein Nachhall in Gespräch 22. 4. 26, DBFP, Ia, I Nr. 450.

⁸⁸ So im Gespräch am 29. 10. 25.

⁸⁹ Daß D'Abernon hier ebenso selbständig wie zuvor bei der Anregung der Sicherheitspaktinitiative (darüber Stambrook, wie Anm. 35) vorging, ergibt sich aus DBFP, Ia, I Nr. 34, D'Abernon an Chamberlain, 27. 10. 25, wo er die Korridorfrage unter geschickter Bezugnahme auf einige frühere Stücke des zirkulierenden amtlichen Schriftverkehrs, in denen diese Frage unter ganz anderen Voraussetzungen berührt worden war, zum Gegenstand seiner

Damit ergänzte er das Appeasement durch den Versuch der Diskussion eines Vorurteils, das er, der Polen mit unvoreingenommener Sympathie gegenüberstand, nur beklagen konnte. Aber von welcher Seite er das Problem auch anging, er vermochte Schubert keinen konstruktiven Gedanken zu entlocken. Schon im ersten Gespräch, nur eine Woche nach Locarno, schnitt er, indem er sich auf eine obskure Nachricht aus Rom über eine vermeintliche polnische Revisionsbereitschaft bezog⁹⁰, die Frage einer Neutralisierung des Korridors an. Doch Schubert, der glaubte, daß sich die Unhaltbarkeit der „unsinnigen Grenze“ ohnehin bald herausstellen werde, sah darin nur die Gefahr der Verfestigung einer Minimallösung. D'Abernon aber insistierte: er erwog ein besonderes Zollregime als erste Stufe auf dem von Deutschland gewünschten Wege, wollte von Schubert Gegenvorschläge hören, stellte auch die heikle Frage, wie Deutschland ein polnisches Entgegenkommen kompensieren wolle, und hielt sich, als Schubert immer nur auswich, im dritten Gespräch schließlich für berechtigt zu der grundsätzlichen Vorstellung, daß Deutschland das Pferd von hinten aufzäume, wenn es die Grenzrektilifizierung zur Vorbedingung einer Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mache. Ende Februar versuchte ihm Schubert an Hand einer Aufzeichnung zur Optantenfrage nochmals nachzuweisen, „daß die polnische Geste nach Locarno zwar nett ausgesehen, in Wirklichkeit aber keinen realen Wert habe“. D'Abernon begegnete dem, indem er ihm einige polnische Argumente zu den Handelsvertragsverhandlungen vermittelte, am Schluß mit dem Hinweis, daß die Polen ihre Position für recht stark hielten und meinten, länger aushalten zu können als Deutschland; woraufhin Schubert in die Trozhaltung des Man-werde-ja-sehen

Berichterstattung macht und dabei ganz allgemein über die deutsche Haltung hierzu sich äußert, ohne zu erwähnen, daß er einige Tage zuvor sich darüber mit Schubert unterhalten hatte. Nach dieser Vorbereitung berichtet er am 26. 11. 25 in DBFP, Ia, I Nr. 118 über sein tatsächlich schon drittes Korridorgespräch so, als wäre es sein erstes gewesen, wobei er es als in Ausführung Chamberlainscher Appeasement-Instruktionen zustande gekommen darstellt.

⁹⁰ Am 30. 9. hatte Cecil Dormer, der Erste Sekretär der englischen Botschaft am Vatikan, berichtet, daß man dort der Meinung sei, der polnische Widerstand gegen eine Revision der Korridorregelung könne durch einen stetigen Druck Englands und Frankreichs überwunden werden. Die englische Gesandtschaft in Warschau hatte diese Meinung nicht bestätigen können und vermutet, daß der polnische Gesandte am Vatikan vollkommen außer Kontakt mit der Stimmung im eigenen Lande sei, DBFP, Ia, I Nr. 34 Anm. 3 und 4. – *Lupus in fabula*: Von Locarno aus besuchte Dirksen seinen Schwager, den Vatikanbotschafter v. Bergen, und hatte Gelegenheit, in einer Unterredung mit Kardinalstaatssekretär Gasparri „für Danzig und den Korridor zu wirken“. Er fand jenen „von der Unhaltbarkeit des Korridors und der jetzigen Grenzführung völlig überzeugt“, und konnte überhaupt feststellen, „daß die Korridorfrage von der Kurie und insbesondere Gasparri, dank den Bemühungen der Botschaft, lebhaft aufgenommen worden ist, und daß insbesondere Gasparri ihm von uns gegebene Anregungen über die Lösung der Frage in unserem Interesse – d. h. Gewährung von Transitrechten und Einräumung eines Freihafengebiets durch uns an Polen – gewissermaßen als seinen eigenen Gedanken erörterte und vorbrachte“, Dirksen an Wallroth, Rom, 24. 10. 25, H. A. Dirksen, Bd. 16/E 369 557 ff.

verfiel und wieder auf sein *Ceterum censeo* zurückkam: das Haupthindernis liege in den „ganz unsinnigen Grenzen“. Als D'Abernon konstatierte, daß man dann eben Mittel und Wege finden müsse, diese möglichst bald zu ändern, zog Schubert den Schlußstrich unter diese Gesprächsserie mit der Bemerkung, es sei doch zweifelhaft, ob die Erreichung dieses Zieles jetzt versucht werden solle⁹¹. Auf beiden Wegen der englischen Diplomatie war also nicht recht voranzukommen: weder durch Abbau der Spannung und Ermunterung zu gegenseitigen Gesten, noch durch Auflockerung des deutschen Ressentiments und Erarbeitung plausibler Lösungen.

Doch ist es immerhin aufschlußreich, daß Schubert selbst in diesen intimen Gesprächen mit dem ihm nächststehenden ausländischen Diplomaten nicht wagte, Dirksensche Gedankengänge vorzubringen; von den ersten Gesprächen scheint der Dirigent der Osteuropaabteilung nicht einmal erfahren zu haben. Seine November-Aufzeichnung, in der er Gespräche empfahl, die längst geführt wurden, erweist ihn als ahnungslos. Erst nach der dritten Unterredung scheint Schubert mit ihm die von Lord D'Abernon aufgeworfenen kritischen Fragen besprochen zu haben. Am 29. Dezember jedenfalls legte Dirksen eine weitere Aufzeichnung zur Polenpolitik vor, diesmal ausdrücklich „für eine Unterhaltung mit Lord D'Abernon“ bestimmt und erweitert um Darlegungen zum Stande der Optanten- und Liquidationsfrage und der Handelsvertragsverhandlungen⁹². Dabei hob er die „trostlose Wirtschaftslage Polens“ und die Notwendigkeit einer internationalen Finanzaktion hervor, womit er wieder bei seinem Thema, den für eine deutsche Beteiligung an einer solchen Aktion zu stellenden Bedingungen war: „Eine Finanzsanierung steht in enger Wechselwirkung mit einer politischen Sanierung Polens. Einer solchen kann die deutsche Regierung aber nur zustimmen, wenn zuvor die deutsch-polnischen Grenzfragen bereinigt sind.“

Auch den *Apodictica* dieser Aufzeichnung konnte Schubert nur mit Fragezeichen am Rande folgen, und er zog es vor, sie bei der Unterredung mit Lord D'Abernon am 27. Februar in der Schublade zu lassen.

Die angedeuteten Erwartungen Stresemanns in seinen Reden hinter verschlossenen Türen, Schuberts hilfloses Insistieren auf der Unsinnigkeit der Grenzen von 1919, seine Suche nach adäquaten, nur eben nicht Dirksenschen, diplomatischen Mitteln und Dirksens Aktivismus sind nur zu verstehen auf dem Hintergrund des seit Mitte Juni 1925 im Gange befindlichen Wirtschaftskrieges. Was mit Importverboten begonnen hatte, war, obwohl Mitte September in Berlin die Verhandlungen über den Handelsvertrag wieder aufgenommen worden waren, zu mehr als einem bloßen Zoll- und Handelskrieg geworden. Am 19. Juli hatte Stresemann in einem Runderlaß an die wichtigsten Auslandsmissionen diese nicht nur über den deutschen Standpunkt unterrichtet und um dessen Verbreitung in Regierungskreisen und in der Öffentlichkeit gebeten, er hatte zugleich auf Polens

⁹¹ S. o. Anm. 87, Gespräch v. 27. 2. 26.

⁹² ADAP, B, II, 1 Nr. 21.

Kreditnot aufmerksam gemacht, weshalb hauptsächlich die Finanzkreise aufzuklären seien: „Es wäre stärkste Unterstützung unseres Wirtschaftskampfes, wenn Polen auf seine Kreditgesuche von ausländischen Banken geantwortet würde, daß ihm Kredit nicht gegeben werden kann, solange seine Wirtschaftslage nicht konsolidiert und durch Handelsverträge geregelt ist.“⁹³ Hiervon mußte sich besonders der Botschafter angesprochen fühlen, der an der wichtigsten Geldquelle saß und obendrein der Initiator von Rapallo war: v. Maltzan in Washington. Er erstattete denn auch schon drei Tage später Vollzugsmeldung: er habe, „Finanzleute und Presse“ in Chicago, das State-Department und „führende Bankiers“ in New York aufgeklärt und bereite sich darauf vor, den angekündigten Amerikabesuch des polnischen Außenministers durch weitere „Aufklärungen“ zu konterkarieren⁹⁴.

Tatsächlich war Polens Finanzlage verzweifelt. Zwar hatte es noch im März 1925 mit dem Bankhaus Dillon, Read & Co. eine Anleihe über 50 Millionen Dollar abschließen können, doch war nur eine erste Tranche in Höhe von 35 Millionen aufgelegt worden. Die zweite sollte folgen, sobald die Börse die erste honorierte. Das aber ließ auf sich warten. Und auch der Amerikabesuch des Grafen Skrzyński – begleitet von einem Złoty-Sturz an der New Yorker Börse – war in dieser Hinsicht ein Mißerfolg⁹⁵.

So kam der Augenblick, wo die Devisenreserve der Bank Polski dahingeschmolzen war, die Golddeckung des Notenumlaufs das gesetzliche Minimum von 30 % erheblich unterschritt⁹⁶ und man ausländische Sachverständige zu Hilfe rief. Anfang Dezember weilte William Goode, ein englischer Finanzjournalist, der sich als Berater der ungarischen Regierung in ähnlichen Schwierigkeiten bewährt hatte, in Warschau, und am Ende des Monats folgte Professor Kemmerer, ein Finanzwissenschaftler der Universität Princeton, um im Auftrage amerikanischer Banken die Lage an Ort und Stelle zu studieren⁹⁷. Beide kamen zu dem Ergebnis, daß Polen aufgrund der Zurückhaltung des amerikanischen Börsenpublikums nur noch die Unterwerfung unter eine internationale Sanierungsaktion bleibe⁹⁸. Die polnische Regierung suchte diese Konsequenz noch zu vermeiden, indem sie die Bank of England und den Federal Reserve Board bat, sich an einer Kapitalerhöhung der Bank Polski zu beteiligen⁹⁹.

Es war im Hinblick auf diese Entwicklung, daß die Meinungen in Berlin aus-

⁹³ BRM 10, 4/D 571799, Stresemann an 16 Botschaften und Gesandtschaften, 19. 7. 25.

⁹⁴ BRM 10, 4/D 571803f., v. Maltzan an A.A., 22. 7. 25. Dieser Meldung sollten noch weitere folgen, so ebd./D 571810, 27. 7. 25; ebd./-811, 1. 8. 25; ebd./-915, 11. 9. 25; ebd./-957, 29. 12. 25 = ADAP, B, II, 1 Nr. 24 Anm. 2.

⁹⁵ Tgr. Maltzans, 1. 8. 25, BRM 10, 4/D 571811.

⁹⁶ Zur polnischen Finanzlage vgl. die Wiedergabe zweier auf Informationen des gerade aus Warschau zurückkommenden Goode beruhenden Times-Artikel in Tgr. Dufour, 17. 12. 25, ADAP, B, II, 1 Nr. 10.

⁹⁷ Zur Mission Goodes vgl. ADAP, B, II, 1 Nrn. 7 u. 10; zu Kemmerer ebd., Nr. 36.

⁹⁸ Ebd., Nrn. 10 u. 36.

⁹⁹ Ebd., Nr. 24.

einandergingen. Rauscher schlug vor, Deutschland möge in das zu erwartende Sanierungskonsortium eintreten, um auf dem Wege über die Finanzkontrolle Polens militärische Machtstellung abzubauen. Damit Deutschland aber überhaupt seine Rolle glaubwürdig spielen konnte, wollte er zuvor das deutsch-polnische Verhältnis normalisieren. Dirksen dagegen wollte die Sanierung blockieren, solange Deutschlands territoriale Forderungen nicht erfüllt waren. Ob Deutschland dazu in der Lage war? Schubert glaubte es nicht, wenn er es auch wünschte; sein Realismus verhinderte, daß Dirksens Doktrin zur amtlichen Politik wurde; doch die Übereinstimmung seiner Hoffnungen mit den Dirksenschen Absichten führte dazu, daß er jenen in seiner nachgeordneten Position gewähren ließ.

Für Dirksens Pläne wurden zwei Mitspieler wichtig: der Reichsbankpräsident Schacht, Gesprächspartner der Notenbankgouverneure Montagu Norman und Benjamin Strong, mit denen zusammen er das Triumvirat der „drei Finanzkönige“¹⁰⁰ bildete, und der Londoner deutsche Botschaftsrat Dufour-Feronce. Schacht war schon immer ein leidenschaftlicher Verfechter der territorialen Revisionspolitik gewesen¹⁰¹. Wes Geistes Kind er war, wird deutlich an der ebenso arroganten wie intransigenten Art, mit der er im Dezember 1925 auf die Möglichkeit einer Unterredung mit Hermann Diamand, einem der am meisten versöhnungsbereiten polnischen Gesprächspartner, reagierte. Als Finanzexperte der Polnischen Sozialistischen Partei und Mitglied der polnischen Delegation bei den Handelsvertragsverhandlungen hatte sich Diamand, wie auch Rauscher bestätigte, auf polnischer Seite am meisten für einen Ausgleich eingesetzt¹⁰² und zugleich in privater Mission, nach Rücksprache mit dem polnischen Ministerpräsidenten und Finanzminister, durchblicken lassen, daß er gern mit Schacht sprechen würde und bei der Erkundung der deutschen Bereitschaft zur Mitwirkung an der Sanierung der polnischen Währung auch einer Erörterung des Korridorproblems nicht ausweichen wolle. Professor Julius Hirsch, ehemals Staatssekretär im Wirtschaftsministerium im Kabinett Bauer, der in Berlin verschiedentlich mit Diamand informelle Gespräche geführt und seinerseits Vorschläge zur Lösung des Grenzproblems beige-steuert hatte (Neutralisierung der Weichsel bei Rückgabe des Korridors oder Einräumung deutscher Landbrücken durch den Korridor), erläuterte Schacht am 14. 12. 1925 diese Vorgeschichte und bat um einen Termin für Diamand¹⁰³. Schacht erklärte sich daraufhin zwar zu einem Gespräch bereit, gab aber zugleich Hirsch zu verstehen, daß ihm „eine politische Beruhigung im Osten ohne glatte Rückgabe des Korridors und Oberschlesiens“ unmöglich erscheine, weshalb er sich „auch nie-

¹⁰⁰ So die Iswestija lt. Tlgr. Brockdorff-Rantau, 18. 7. 26, in: H. A. Dirksen, Bd. 19/ E 370291; über die Zusammenarbeit der drei auch D'Aberton, Memoiren, III, S. 207.

¹⁰¹ Vgl. u. a. F. Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Bd. 2, 1926, S. 346 ff.

¹⁰² ADAP, B, II, 2, Nr. 134. Schon am 11. 8. 25 war Diamand im „Robotnik“ mit einer scharfen Kritik an der Abschiebung der deutschen Optanten hervorgetreten, BRM 10,4/ D 571894. Besonders eindrucksvoll sein von der „Danziger Volksstimme“ am 12. 1. 27 als Leitartikel aufgenommener Aufsatz über „Das Korridor-Problem“.

¹⁰³ Auszug in ADAP, B, II, 1, Nr. 28, Anm. 2.

mals herbeilassen werde, über politische Mindestforderungen oder dergleichen zu sprechen“¹⁰⁴. Und über Hirsch bemerkte er zu Dirksen, „daß ihm, auch bei gutem Willen, das Bewußtsein für die deutschen Notwendigkeiten fehle“¹⁰⁵.

Sowenig Schacht zuvor auf die Idee gekommen war, das Auswärtige Amt dieser immerhin ersten Andeutung polnischer Gesprächsbereitschaft wegen zu konsultieren, sowenig war jetzt Dirksen der Vorgang näherer Erörterung wert; er nahm ihn als Information zu den Akten. Das Gespräch Schachts mit Diamand verlief denn auch entsprechend unerfreulich¹⁰⁶.

Schacht und Dirksen aber konnten in solcher Gesinnung schnell zueinander finden; und da Schacht annahm, daß der amerikanische Finanzexperte Kemmerer, den er einige Tage später bei der Rückreise aus Polen in Berlin zu sprechen erwartete, als Ergebnis seiner Inspektion eine Sanierung der polnischen Währung durch eine internationale Aktion der Notenbanken vorschlagen werde – wodurch dann „die Frage ins Rollen kommen würde“ –, bestärkten sich Schacht und Dirksen bei ihrem Gespräch am 5. Januar in der Meinung, daß jetzt die Zeit gekommen sei, in den Vereinigten Staaten und England nachdrücklich „für die Erfüllung unserer politischen Forderungen aufklärend“ zu wirken. Dirksen konnte das Einverständnis zu dem Schlagwort verkürzen: „Eine Finanzsanierung ohne politische Sanierung ist keine Sanierung.“ Schacht übersetzte die Phrase in die Sprache der Bankdirektoren: „Eine Währungsstabilisierung ohne Budget-Ausgleich bringt keine durchgreifende Sanierung Polens“, so werde er sich „finanzpolitisch“ ausdrücken, erläuterte er Dirksen; da der Budget-Ausgleich nicht ohne politische Bereinigung mit Deutschland durchführbar sei, decke diese Formulierung auch die politischen Forderungen.

Die von Schacht und Dirksen geteilte Einsicht, daß es notwendig sei, in diesem Sinne „aufklärend“ zu wirken, beschreibt immerhin exakt die Ebene, die ihrer Aktion offenstand. Denn bei der vorsichtigen Art, in der Schubert dieses Problem handhabte, konnte von einer diplomatischen Initiative keine Rede sein. Es blieb ihnen die Ebene der mittleren Chargen: die „Aufklärung“. Dem entsprach die Form: Dirksen übersandte die Aufzeichnung einige Tage danach an die Botschaften in London und New York¹⁰⁷. Daß er in Maltzan einen aufmerksamen Leser fand,

¹⁰⁴ Auszug, ebd., Anm. 3.

¹⁰⁵ So in der im folgenden interpretierten Aufz. Dirksens über sein Gespräch mit Schacht, 5. 1. 26, ADAP, B, II, 1 Nr. 28; im selben Zusammenhang berichtet Schacht auch, offensichtlich sehr zufrieden mit seiner schneidigen Diplomatie, daß Hesnard, der Pressechef der französischen Botschaft, mit ihm das Problem der französischen Währungsstabilisierung und einer evtl. deutschen Beteiligung daran erörtert habe. Ihm habe er bedeutet, daß Deutschland eine Mitarbeit erleichtert würde, wenn nicht mehr die polnische Frage zwischen Frankreich und Deutschland stände. „Auf die Frage Hesnards, was Deutschland fordere, habe er erwidert: die Rückgabe des Korridors und Oberschlesiens. – Hierauf habe Hesnard etwas resigniert gefragt: auch Oberschlesien?“

¹⁰⁶ Vgl. Diamands Äußerungen darüber gegenüber Schubert, ADAP, B, II, 1 Nr. 33.

¹⁰⁷ ADAP, B, II, 1 Nr. 28, Anm. 8.

versteht sich von selbst¹⁰⁸; doch wichtiger wurde jetzt, da die Sanierung nicht mehr vom Kapitalmarkt, sondern von einer Aktion der Notenbanken erwartet wurde, London als Schauplatz der Handlung.

Dirksens Mann in London aber war Dufour¹⁰⁹. Mehr geschäftig als umsichtig, mit Zugang nicht nur zu den Spitzenbeamten des Foreign Office, sondern auch des Treasury, vor allem aber zu den Herren der City, an ihrer Spitze Montagu Norman, wortreich in seinen Berichten an die Zentrale, die der eher zurückhaltende Botschafter Sthamer meist nur noch mit einem kurzen Anschreiben weiterreichen konnte, nahm Dufour, anders als Rauscher, der Dirksens Aufzeichnungen einer kritischen Analyse unterwarf, Dirksens Schreibtischstrategie für politische Weisheit und bestärkte ihn noch in deren Ausführung¹¹⁰. Er hatte schon im Dezember das Gespräch mit Goode gesucht und dabei festgestellt, daß „vorderhand von einer Verquickung politischer und finanzieller Interessen keine Rede sein“ konnte. Schon damals regte er ein baldiges Gespräch Schachts mit Norman an¹¹¹. Er hielt dann Fühlung mit Otto Niemeyer, dem Controller of Finance im Treasury, und konnte Anfang Januar die grundsätzliche Bereitschaft der Bank of England und des Federal Reserve Board zur Sanierung der polnischen Finanzen melden, wenn Polen sich einer Finanzkontrolle unterwerfe und sich „wirtschaftlich“ mit Deutschland verständige¹¹².

Inzwischen aber hatte sich Schacht am 11. Januar von Kemmerer eine durchaus optimistische Beurteilung der polnischen Sanierungsmöglichkeiten anhören müssen. Mit etwas Energie und Sparsamkeit werde Polen sein Budget in Ordnung bringen können. Falls Schacht in diesem Gespräch die mit Dirksen gezimmerte Barriere in den Weg geschoben haben sollte, dürfte er damit keinen allzu großen Eindruck gemacht haben; denn im Anschluß an Schachts Bericht über dieses Gespräch hielt Stresemann es für geraten, die Washingtoner Botschaft zu instruieren, bei dortigen Gesprächen über eine eventuelle Sanierungsaktion Deutschlands Beteiligung „als

¹⁰⁸ S. o. S. 530; erst einige Tage zuvor, am 29. Dezember, hatte sich Maltzan in einer seiner Vollzugsmeldungen ausdrücklich auf von Dirksen übersandtes Material bezogen, mit dem es ihm gelungen sei, „eine gewisse weitere Zurückhaltung in Wallstreet zu veranlassen“, ADAP, B, II, 1 Nr. 24 Anm. 2.

¹⁰⁹ Albert Dufour-Feronce setzte die Tradition des Freiherrn v. Eckardstein fort, d. h. die Tradition der ambitionösen Räte an der Londoner Botschaft, die durch ihre Ehe oder aufgrund ihrer Herkunft eine Fülle gesellschaftlicher Kontakte in ihre Amtstätigkeit einbrachten. Im Falle Dufours war seine Herkunft aus einer Leipziger Hugenottenfamilie, deren Großhandelshaus auch in London eine Niederlage unterhielt, bestimmend. Er hatte den größeren Teil seines Lebens den Geschäften gewidmet und war erst 1920 im Alter von 52 Jahren in den diplomatischen Dienst getreten, als das Auswärtige Amt im Bestreben, sich vom Odium eines ineffektiven wilhelminischen Karriere-Instituts zu befreien, sowohl einige sozialdemokratische Journalisten und Politiker als auch im Wirtschaftsleben bewährte Geschäftsleute in seinen Dienst zog.

¹¹⁰ BStS, Po, I/E 168 568, Dufour priv. an Dirksen, 4. 3. 26.

¹¹¹ ADAP, B, II, 1 Nr. 10.

¹¹² ADAP, B, II, 1 Nr. 26.

nicht unwahrscheinlich in Aussicht zu stellen¹¹³. So sehr auch über die mittleren diplomatischen Ränge „aufgeklärt“ werden mochte, offizielle Politik vermochte eine solche Obstruktion nicht zu werden. Und in diesem Zusammenhang ist es auch zu sehen, daß Schubert, wie schon erwähnt, bei dem letzten der geschilderten Korridor-Gespräche mit Lord D'Abernon Ende Februar 1926 die in Dirksens Dezember-Aufzeichnung suggerierten Gedankengänge für sich behielt.

Wie wenig Dirksen aber daraus lernte, geht aus einer neuen Aufzeichnung hervor, die er nur eine Woche später, am 4. März, als Argumentationsgrundlage für ein Gespräch Stresemanns mit Chamberlain auf der bevorstehenden Sondersession des Völkerbundes anfertigte¹¹⁴. Obwohl hier der deutschen Delegation der Kampf gegen den von Briand befürworteten ständigen Ratssitz für Polen bevorstand, wobei es darauf ankam, vor allem Chamberlain von der Unterstützung Briands abzuhalten, was am ehesten gelingen konnte, wenn dem Gespräch mit Chamberlain jede Belastung durch andere Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen ferngehalten wurde, brachte Dirksen es fertig vorzuschlagen, die Frage des polnischen Ratssitzes lediglich als Anlaß zur Eröffnung eines grundsätzlichen Meinungsaustauschs über das Grenzproblem zu nehmen: So viel Bedeutung der Frage des Ratssitzes auch von der deutschen Regierung beigemessen werde, im Vergleich zu den Fragen der Großen Politik spiele sie nur eine sekundäre Rolle und solle bei dieser Unterhaltung aus dem Spiele bleiben. So sollte nach Dirksens Meinung Stresemann sprechen. Das Opfer des Locarno-Vertrags, so sollte er fortfahren, habe er in der Hoffnung gebracht, daß ihm die friedliche Revision der Grenze erleichtert werde; jetzt habe er aber den Eindruck, als ob England für Polen optiert habe. Dem waren dann die üblichen Dirksenschen Gedankengänge anzuschließen. Man kann hieraus ermessen, wie besessen Dirksen von dieser Frage war: Der Vertrag von Locarno, der kurz zuvor noch im Amt als vollkommener Erfolg der deutschen Diplomatie gegolten hatte, war für ihn zum „Opfer“ geworden¹¹⁵. Er war seiner eigenen Propaganda erlegen.

In solcher Stimmung dürfte Dirksen der in der Zentrale vorsprechende Dufour wie gerufen gekommen sein. Er fragte ihn, ob er seine Lieblingsidee gelegentlich mit maßgebenden Engländern besprechen könne, und zeigte sich von Dufours Vorschlag, sie Norman und Tyrrell vorzutragen, sehr angetan¹¹⁶. So kam der Stein ins Rollen: Am 28. Februar fragte Dufour Norman, „ob es nicht richtiger sei, die Frage der Wiederherstellung Polens nicht nur rein finanzgeschäftlich, sondern auch hochpolitisch zu behandeln“. Dufour bekam zunächst zu hören, daß „Finanzkreise sehr ungern Finanzgeschäfte mit Politik verquicken“, hatte aber den Eindruck, daß seine Argumente auf guten Boden gefallen seien¹¹⁷. Tatsächlich vertraute Norman ihm schon einen Monat später an, er habe beeindruckt von der

¹¹³ ADAP, B, II, 1 Nr. 36.

¹¹⁴ ADAP, B, II, 1 Nr. 74.

¹¹⁵ So auch in seinen Memoiren: Moskau, Tokio, London, 1949, S. 74ff.

¹¹⁶ S. u. S. 358, Anm. 135.

¹¹⁷ ADAP, B, II, 1 Nr. 72, Sthamer an A. A., 1. 3. 26.

Überlegung, daß die Verquickung von Sanierung und Grenzfrage „im Interesse Europas“ liege, inzwischen sein Finanz-Veto in London und – soweit es dort reiche – auch in New York eingelegt, um Anleihen hintanzuhalten, bis die Zeit zur Lösung der Grenzfrage reif sei. Er gab allerdings auch zu verstehen, daß Polen – anders als man in Berlin glauben wollte – über hinreichende Sicherheiten, etwa in Form des Tabak-Monopols, verfüge, um früher oder später Banken zu veranlassen, sich des lukrativen Geschäfts wegen über sein Veto hinwegzusetzen¹¹⁸. Norman wollte die Angelegenheit gründlich mit Schacht durchsprechen, den er damals noch in der zweiten Aprilwoche in London erwartete. Inzwischen hatte Dufour auch schon Sir William Tyrrell, den höchsten Beamten des Foreign Office, auf das Thema ansprechen können und dieses damit endgültig auf die Ebene der „hohen Politik“ gespielt. Als Dufour seine „persönliche Anregung“ fallen ließ, „schwankte“ Tyrrell, der auf und ab gegangen war, plötzlich um und meinte, das sei ihm „ein ganz neuer Gedanke“, sagte aber zu, sich „ernstlich damit zu befassen“¹¹⁹. Offenbar wurde jetzt auch Sthamer unruhig und verlangte bei der Weitergabe der Berichte seines Botschaftsrats mit wachsender Ungeduld nach einer Instruktion. Am 30. März rekapitulierte er: „gelegentlich von Unterhaltungen in Berlin“ seien Dufour Sondierungen nahegelegt worden; nachdem die daraufhin unter Betonung ihres rein privaten Charakters geführten Gespräche zu brauchbaren Ergebnissen geführt hätten, bedürfe die Botschaft jetzt zu ihrer Fortführung der Ideen der Regierung für eine Regelung der Grenzfrage¹²⁰.

So sah sich die Zentrale nunmehr den Früchten Dirksenscher Aktivität konfrontiert, und dieser konnte sich bei der Propagierung seiner Gedanken auf Londoner Wünsche berufen. Am 7. April legte er Schubert erneut eine Aufzeichnung vor, diesmal „über die Notwendigkeit, sich über die Polenpolitik, besonders über taktische Erwägungen dieser Politik, klarzuwerden“¹²¹, da nach den letzten Berichten aus London „an einflußreichen englischen Stellen der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Lösung“ schon erkannt worden sei. Deshalb regte er an, jetzt „die Botschaft mit den wesentlichen Gedankengängen der Aufzeichnung vom 16. November“ bekannt zu machen und sie damit für vertrauliche Gespräche auszurüsten; darüber hinaus empfahl er, das Problem in die weitere Öffentlichkeit zu spielen, denn „zum mindesten die der angelsächsischen Welt“ sei schon fortgeschritten genug, um sich damit zu beschäftigen. Das wiederum geschähe am besten durch eine Broschüre mit englischer Übersetzung. Eine von ihm im Polenreferat veranlaßte Aufzeichnung über deren möglichen Inhalt lag schon bereit¹²². Und schließlich hatte er ein Telegramm für London entworfen, in dem mitgeteilt werden sollte, daß die erbetene Instruktion in Vorbereitung

¹¹⁸ BStS, Po, Bd. 1/E 168 568 ff., Dufour priv. an Dirksen, 4. 5. 26.

¹¹⁹ ADAP, B, I, 1 Nr. 173, Sthamer an A. A., 19. 3. 26.

¹²⁰ ADAP, B, II, 1 Nr. 97, Sthamer an A. A., 30. 6. 26.

¹²¹ BStS, Po, Bd. 1/E 168 629 ff.

¹²² H. A. Dirksen, Bd. 18/E 370 006 ff., Aufz. Roth „zur Vorlage bei Dirksen“, 1. 4. 26; u. a. wurde in ihr vorgeschlagen, „zur Verdeckung des amtlichen Ursprungs“ die Broschüre in Leipzig oder Danzig erscheinen zu lassen.

sei¹²³. Dies Telegramm ist aber erst eine Woche später und in wesentlich veränderter Form abgegangen.

Denn ob durch Stresemann, der bei Lektüre des Sthamer-Telegramms vom 30. März aufmerkte¹²⁴, veranlaßt, ob aus eigener Initiative, Schubert machte sich zunächst an eine Überprüfung des gesamten Vorgangs¹²⁵. Dabei stieß er in Dufours Berichten auf ähnliche optimistische Gedankensprünge wie zuvor in Dirksens Aufzeichnungen und begegnete ihnen mit der gleichen Skepsis¹²⁶. Den wichtigsten Fund aber machte er, als er auf jene Stelle im Tyrrell-Gespräch stieß, wo der überraschte Tyrrell in seinem Auf- und Abgehen jäh stoppt, und er quittierte ihn mit Ausrufezeichen, Unterstreichungen und der Marginalie: „also Initiative Dufours!“¹²⁷. Man muß die Sorgfalt kennen, mit der im Januar 1925 im Amt die taktischen Aspekte der Einfädung der deutschen Sicherheitsinitiative erwogen worden waren, um diese Marginalie in ihrer ganzen Schwere würdigen zu können. Damals hatte es sich um eine vom Minister selbst ausgearbeitete und mit seinem Staatssekretär sorgfältig erwogene Politik gehandelt; der Rat des wichtigsten Außenbeamten war eingeholt worden, der Chefjurist des Amtes hatte die juristischen Implikationen überprüft, der Botschafter eines der Adressaten sogar die erste Anregung gegeben. Trotzdem waren noch mehrere Telegramme mit der Pariser Botschaft über die Frage gewechselt worden, wie am zweckmäßigsten an Herriot heranzutreten sei¹²⁸. Mit dem jetzt von Dufour angeschnittenen Problem verbanden sich zwar viele Wünsche, bis hinauf zum Minister, aber amtliche Ideen oder gar „Ideen der Regierung für eine Regelung der Grenzfrage“, wie Sthamer sie erbat, gab es nicht; Schubert hatte sie nicht erarbeiten können, und der Minister hatte sie nicht einmal angeregt.

So zog Schubert nach dieser Entdeckung die Angelegenheit an sich; und ohne daß es möglich und nötig wäre, die einzelnen Bearbeitungsvorgänge noch genauer zu analysieren, kann als Ergebnis festgestellt werden, daß der telegraphische

¹²³ H. A. Dirksen, Bd. 18/E 570027, Tgr.-Entwurf mit offenem Tagesdatum und überschrieben: „Vermerk für eine Information an den Herrn Reichsminister über die Besprechungen der Botschaft in London, betreffend Polenfrage“; aus dem Aktenzusammenhang in H. A. Dirksen und den oben angeführten vorsichtigen Formulierungen Dirksens in seiner Aufz. v. 7. 4. läßt sich vermuten, daß Dirksen mit möglichst unschuldiger Miene seiner Privatdiplomatie die ministerielle Approbation zu sichern versuchte.

¹²⁴ Marginalie Stresemanns: „Nochmals vorlegen“ und „Besprechung“, ADAP, B, II, 1 Nr. 97 Anm. 1.

¹²⁵ Den Sthamer-Dufour-Bericht vom 1. 3. anfordernde Notizen finden sich BStS, Po 1/E 168594 und ebd./-605 (Marginalie auf Sthamer-Bericht vom 19. 3.)

¹²⁶ Wenn z. B. Dufour (pr. an Dirksen, 11. 3., BStS, Po 1/E 168595 ff.) bemerkte, er glaube nicht, daß „Polen bei Chamberlain oder dem Foreign Office oder bei anderen politischen Kreisen irgendwelche Sympathien genieße“, so Marginalie Schubert: „darauf kommt es allein aber nicht an!“

¹²⁷ Die Marginalie findet sich auf dem Arbeitsexemplar Schuberts in: BStS, Po, Bd. 1/E 168606 ff. Dem Abdruck dieses Berichts in ADAP, B, I, 1 Nr. 173 hat ein anderer Abzug zugrunde gelegen.

¹²⁸ Dazu PA Bonn, BRM, 15, 1 Bd. 1.

Zwischenbescheid noch zweimal – jeweils verschärft – neu gefaßt wurde und am 15. April mit dem Bemerkten hinausging, das zur Sprache gebrachte Problem sei außerordentlich kompliziert und müsse mit äußerster Vorsicht behandelt werden, bis zur Übermittlung der endgültigen Weisung sei weiteren Gesprächen aus dem Wege zu gehen¹²⁹. Danach besprach Schubert das Problem mit Schacht und legte ihm dar, daß im Augenblick weder Deutschland stark genug sei, um die Forderung nach Grenzrevision mit Aussicht auf Erfolg erheben zu können, noch Polen schwach genug, um ihr nachgeben zu müssen, weshalb er es für notwendig halte, daß Deutschland an einer eventuellen Sanierungsaktion teilnehme, um sich Mitsprache zu sichern und nach Möglichkeit aus einer großzügigen Sanierung eine begrenzte „Stützungsaktion“ zu machen, die Polens Schwierigkeiten nicht endgültig löse, sondern nur auf einen geeigneten Zeitpunkt vertage. Schacht, der außer nationalem Eifer selten Politik anzubieten hatte, stimmte zu¹³⁰. Hiernach machte Schubert sich an die Bearbeitung der Weisung. Er stützte sich dabei auf einen Entwurf Dirksens, schrieb, ihn neu durchdenkend, eine Disposition in Form einer nummerierten Gedankenfolge nieder¹³¹, und dann diktierte entweder er nach einer Ministerbesprechung oder Stresemann selbst den endgültigen Erlaß vom 19. April 1926¹³². Dabei wurde der Dirksensche Entwurf inhaltlich in entscheidenden Punkten abgeändert. Dirksen hat dies später bitter vermerkt: Auf seinem Exemplar der endgültigen Weisung finden sich die Änderungen unterstrichen und kommentiert¹³³. Hatte er in seinem Entwurf noch davon gesprochen, daß „unsere Taktik darauf abzielen muß, die Ideallösung“ einer Verquickung von Sanierung und Grenzrevision „zwar anzustreben“, andererseits aber sich auf die Wahrscheinlichkeit einer nicht zu verhindernden internationalen Finanzaktion einzustellen, so fand sich im Erlaß nur noch der Realismus des Nachsatzes. Dirksen hatte noch die Fortführung von Gesprächen mit Norman und auch Tyrrell – für den Fall, daß jener es wieder aufnahm – freigeben wollen, der Erlaß dagegen konstatierte: „Das Hervortreten einer deutschen Initiative muß jedenfalls amtlichen Persönlichkeiten gegenüber auf weiteres unterbleiben“; und schließlich hatte Dirksen auch gemeint, in einem eventuellen Sanierungskomitee auf Zeitgewinn spielen zu müssen, und hatte im Entwurf verschiedene Finten hinhaltender Obstruktion, derer man sich dann etwa bedienen könne, diskutiert; im Erlaß fand er jetzt die deutliche Feststellung, daß Deutschland sich keineswegs abseits halten dürfe, und daß der Eindruck, die Sanierung sabotieren zu wollen, unbedingt vermieden werden müsse. Dirksens Marginalie auf seinem Exemplar: „wir müßten aber doch schon jetzt unsere politischen Forderungen geltend machen. Sonst Eintritt in Sanierungskommission unmöglich!“ ist sein Nachruf auf seine Privatdiplomatie.

Aus all dem ergibt sich, daß jener an die Londoner Botschaft gerichtete Erlaß

¹²⁹ ADAP, B, II, 1, Nr. 150, Anlage: 2, Entwurf vom 13.4. in: H. A. Dirksen, Bd. 18/E 370 028.

¹³⁰ ADAP, B, II, 1 Nr. 148, Aufz. Dirksen über Bespr. Schubert-Schacht, 17. 4. 26.

¹³¹ H. A. Dirksen, Bd. 18/E 370 051 ff. und BStS, Po, Bd. 1/E 168 660 ff. (19. 4. 26).

¹³² ADAP, B, II, 1 Nr. 150.

¹³³ H. A. Dirksen, Bd. 18/E 370 065 ff.

Stresemanns vom 19. April 1926 über die deutsche Polenpolitik, in der Literatur so häufig als Beleg für die geheimen Ziele seiner Politik zitiert, in der Diktion weitgehend auf Dirksens Formulierungen beruht, Stresemanns Anteil – ob nun von ihm selbst oder von Schubert in seinem Auftrag formuliert – besteht aus entscheidenden Eingriffen in die für die Führung der politischen Geschäfte der Londoner Botschaft einschlägigen Passagen; darüber hinaus hat Stresemann auf die „als Material“ der Weisung beigegebene Denkschrift keinerlei Einfluß genommen, sie stammt wahrscheinlich von Dirksen, eventuell auch aus dem Polenreferat¹³⁴. Der Funktion nach aber war der Erlaß ein Maulkorb. Das hat man in London auch so empfunden. Schon am 22. April gab Dufour den Tadel an Dirksen weiter: der Botschafter und er hätten beim Durchlesen des Erlasses das Gefühl gehabt, es solle ihm, wenn auch nur andeutungsweise, der Vorwurf gemacht werden, sich zu weit und ohne Auftrag vorgewagt zu haben. Aber er, Dirksen, werde sich ja noch des Gesprächs einige Monate zuvor in seinem Berliner Zimmer erinnern¹³⁵.

Spätestens hier drängt sich die Frage auf, ob die Aufgeschlossenheit Lord D'Abernons, Normans und Tyrrells tatsächlich eine Chance bot, der deutschen Forderung auf Grenzrevision amtliche englische Unterstützung zu sichern. Sie zu formulieren legt schon nahe, sie zu verneinen. Lord D'Abernons Diskussionsbereitschaft entsprang, wie gezeigt wurde, eher einem psychotherapeutischen Motiv und war ebenso private Diplomatie wie die Dirksens. Normans Interesse galt dagegen vor allem der finanz- und währungspolitischen Rekonstruktion Europas, und da er im Rahmen dieser Politik der Zusammenarbeit mit Schacht einen besonders hohen Wert beimaß, war er zwar bereit, das deutsch-polnische Problem als eine politische Implikation zu diskutieren, jedoch offensichtlich nicht gewillt, eine Einnischung der Politik in das internationale Finanzsystem hinzunehmen oder gar eben dieses System ins Werkzeug einer nationalen Politik verwandeln zu lassen. Und Tyrrell hatte nur höflich zugehört. Gewiß kamen in jenem für Polen so kritischen Dezember 1925 auch im Foreign Office Zweifel an der Haltbarkeit der deutsch-polnischen Grenzregelung auf. Das galt für Botschaftsrat Addison, einen Mitarbeiter Lord D'Abernons, wie für Troutbeck, ein Mitglied der Mitteleuropäischen Abteilung, und seinen Kollegen Huxley, der sogar konkret vorschlug, aus dem nördlichen vorwiegend kaschubischen Teil des Korridors eine Enklave zu bilden, ihr innere Autonomie zu gewähren, für Eisenbahnen und Schifffahrtswege eine paritätisch besetzte Verkehrsdirektion zu schaffen, deren Budget zu gleichen Teilen von Polen und Deutschland tragen zu lassen, die Enklave zu neutralisieren und diesen Zustand von Deutschland, Polen und dem Völkerbund garantieren zu lassen¹³⁶. Aber solche

¹³⁴ In Dirksens Entwurf der Weisung (s. Anm. 131) findet sich bei Erwähnung der Anlage die Marginalie: „bei Herrn VLR von Dirksen abzuverlangen“; das Exemplar der Denkschrift in H. A. Dirksen, Bd. 18/E 370030ff. zeigt geringfügige Korrekturen von der Hand Erich Zechlins.

¹³⁵ ADAP, B, II, 1 Nr. 150 Anm. 5.

¹³⁶ DBFG Ia, I, Nr. 141 (10. 12.); und Nr. 141, Anm. 12 (15. 12.); ferner Nr. 151 (17. 12.) und Nr. 159 (24. 12.).

Gedanken liefen stets nur auf eine kleine Lösung hinaus, die in Deutschland kaum jemand wünschte, und sie blieben außerdem auf die mittleren Ränge des Foreign Office beschränkt. So kommentierte Lampson, der Leiter des Central Department, Huxleys Memorandum sehr bestimmt: ein falscher Schritt könne schon katastrophale Folgen haben; das Problem sei erst lösbar, wenn Deutschland und Polen realisierten, daß sie voneinander abhängig seien. Das könne wie eine Empfehlung zur Stagnation aussehen, sei es aber nicht – eine Bemerkung, die Tyrrell, der höfliche Gesprächspartner Dufours, mit der bündigen Erklärung unterstrich, eine zeitweise Stagnation sei Erdbeben vorzuziehen¹³⁷.

Solche Haltung entsprach vollkommen der Appeasement-Politik Chamberlains, deren Widerspruch zu deutschen Revisionsvorstellungen anlässlich des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 26. 4. 26 deutlich wurde. Es ist bemerkenswert, wie gelassen das Foreign Office auf den Vertrag reagierte¹³⁸. Allerdings sah man in London sogleich, daß man Polen werde beruhigen müssen, und Chamberlain ließ dementsprechend auf Graf Skrzyński einwirken¹³⁹. Umgekehrt drängte er in Berlin auf die immer noch ausstehenden Gegengesten und bat, seine auf Beruhigung gerichteten Bemühungen zu unterstützen¹⁴⁰. Das erste Mal wich Schubert aus, das zweite Mal erging er sich in allgemeinen Klagen über das politisch törichte Verhalten Polens, was Chamberlain dazu veranlaßte, sich über die „für Schubert charakteristische Diatribe“ zu entrüsten¹⁴¹. Überhaupt sind seine Briefe an seinen Berliner Botschafter voll der Klagen über „Deutschlands Feindschaft und, was schlimmer ist, seine Verachtung der Polen und alles Polnischen, die es niemals verbirgt, und die Ressentiment und Furcht erzeugt“, sowie darüber, daß „Deutschland es denen, die ihm helfen wollen, so schwer macht“. Und er prophezeite düster: Deutschland werde die Kosten dafür zu tragen haben, „und ich denke, es ist Tor genug, den Preis zu zahlen; aber das ist sein Geschäft“¹⁴².

Die Haltung des Foreign Office wurde schließlich über einen Zwischenträger sehr deutlich gemacht. Zwischen April und Juni 1926 führte André Rostin, der Londoner Korrespondent der Industrie- und Handelszeitung, mehrere Gespräche mit Gregory, Assistant Under-Secretary of State, und Lampson. Seine Aufzeichnungen darüber sandte Dufour an Dirksen, der die Gespräche durch Privatbriefe auf das einzig ihn interessierende Thema hinzusteuern sich bemühte¹⁴³. Doch

¹³⁷ Ebd., Nr. 151, Anm. 6 (20. 12.), vgl. auch Nr. 159, Anm. 6 (2. 1. 26).

¹³⁸ Ebd., Nr. 392: D'Aberton an Chamberlain, 1. 4. 26, mit beurteilenden Zusätzen von Maxse, Lampson, Gregory, Tyrrell und Chamberlain.

¹³⁹ Ebd., Nrn. 418 (15. 4.), 420 (15. 4.), 435 (16. 4.), 492 (3. 5.).

¹⁴⁰ Ebd., Nrn. 415 (12. 4.), 414 (12. 4.), 423 (14. 4.).

¹⁴¹ Ebd., Nrn. 433 mit Anm. 2 (16. 4.), 450 (23. 4.), 459 (24. 4.). Schubert hat allerdings Olszowski eine formale Mitteilung gemacht; seine Version vgl. ADAP, B, II, 1 Nr. 144 mit Anm. 5, Nr. 157.

¹⁴² Ebd., Nrn. 415 (12. 4.), 464 (25. 4.).

¹⁴³ Es waren mindestens acht Gespräche, die Rostin im Foreign Office führte: vor 23. 4. mit Gregory und Lampson, ADAP, B, II, 1 Nr. 186, Anm. 2; 10. 5. mit Gregory (ergibt sich aus Aufz. Rostin über das folgende Gespräch); 11. 5. mit Lampson, H. A. Dirksen, Bd.

was er dadurch erfuhr, muß ihm wenig angenehm geklungen haben. So setzte Lampson Rostin auseinander, er wisse sehr wohl, daß es in Deutschland zwei Auffassungen zur Frage der polnischen Währung gäbe, eine negative und eine positive. Er halte die negative für Unsinn; es könne für Deutschland nur nachteilig sein, wenn sich die polnische Wirtschaftslage verschlechtere. Hierdurch zur Reproduktion der Dirksenschen Theorie verleitet, gab Rostin Lampson nur Gelegenheit, seine Kritik um so ironischer vorzubringen: Die Kalkulation habe einen Konstruktionsfehler. Deutschland werde niemals gebeten werden, sich an der Sanierung zu beteiligen. Was England wünsche, sei, daß Deutschland möglichst bald den Handelsvertrag abschließe als ersten Schritt zur Anbahnung eines besseren Verhältnisses. Die Lösung, die Rostin vorschwebte, sei „far too schlaun“¹⁴⁴. Lampson räumte einige Tage später ein, daß die Beteiligung an der Sanierung auch ein Mittel zur Rekonkiliation sein könne, aber „nur die Stabilisierung und nichts als die Stabilisierung müsse die Parole heißen. Finanz und Politik dürften in diesem Falle nicht vermischt werden“¹⁴⁵.

Wenn so das Gedankenspiel, eine Grenzrevision durch eine „politische Sanierung“ Polens anzustreben, von Anfang an keine Chance hatte, Politik zu werden, so wurde schließlich durch die Reise Schachts zu Norman Ende Mai 1926 auch seinen Urhebern die Illusion genommen. Diese Reise, von Anfang an der Eckstein der Strategie Dirksens und Schachts, war erst Anfang Januar geplant gewesen, dann im April erwartet und endlich infolge des englischen Bergarbeiterstreiks nochmals aufgeschoben worden. Es liegt ein wenig Ironie darin, daß gerade jener Streik der Kohle aus Polnisch-Oberschlesien eine entscheidende Absatzmöglichkeit und damit Polen eine Atempause verschaffte. Zur gleichen Zeit schuf Marschall Piłsudski durch seinen Staatsstreich die politischen Voraussetzungen für eine energische Stabilisierung. Als dann Schacht am 27. Mai Norman gegenüber saß, mußte er sich sagen lassen, was Rauscher schon immer gewußt und Lampson deutlich zu verstehen gegeben hatte, daß nämlich mit politischen Bedingungen die Finanzhilfe für Polen nicht zu blockieren war. Wie sehr sein nationaler Eifer, den er an den Tag legte, als er daraufhin schroff jede deutsche Beteiligung an der Sanierung ablehnte, besserer Einsicht im Wege stand, wird deutlich aus der Schlußbemerkung seines Berichts über dieses Gespräch: er regte an, das Auswärtige Amt möge doch „ein sehr sorgfältiges Memorandum vorbereiten, welches die vorstehende These ausführlich belegt, nämlich, daß das Gelingen eines wirtschaftlichen Sanierungsversuchs an die politischen Voraussetzungen geknüpft ist“¹⁴⁶. Damit reichte der Fachmann das Problem an die Politiker zurück.

18/E 370096ff.; 15. 5. mit Gregory, ebd./E 370100ff.; 17. 5. mit Lampson, H. A. Dirksen, Bd. 18/ungefilmt; 21. 5. mit Gregory, ADAP, B, II, 1 Nr. 207; 21. 5. mit Lampson, ADAP, B, II, 1 Nr. 207 Anm. 3; 1. 6. mit Gregory, H. A. Dirksen, Bd. 19/E 370259f.

¹⁴⁴ Gespräch mit Lampson am 17. 5.

¹⁴⁵ Gespräch mit Lampson am 21. 5.

¹⁴⁶ ADAP, B, II, 1 Nr. 213.

Was als raffiniertes Kalkül begonnen hatte, endete als Farce. Im Juli reiste die Kemmerer-Mission ein zweites Mal durch Deutschland. So eingeschränkt waren jetzt die Gesprächsmöglichkeiten, daß Professor Kreuter, ein Mitglied des Reichswirtschaftsrats, der Kemmerer privat kannte, am einen Ende Berlins zu ihm in den Zug stieg und ihn – in edlem Wettstreit mit dem ebenfalls am Zug erschienenen polnischen Gesandten – in sein Abteil zog, um ihm während der Fahrt bis zum anderen Ende nochmals die schweren Zweifel, die Deutschland in Polens Wirtschaftsfähigkeit setzte, vorzutragen. Kemmerer widersprach, Kreuter bot deutsches Material und deutschen Rat an, ein Code-Telegramm wurde verabredet für den Fall, daß Kemmerer dessen bedürfe, als aber Kreuter ihn abschließend fragte, ob er wie bei seiner ersten Reise auch diesmal die deutsche Gesandtschaft in Warschau aufsuchen werde, mußte ihn Kemmerer darauf hinweisen, daß das von polnischer Seite wohl nicht gern gesehen werden würde¹⁴⁷.

Die Verhandlungen über die Sanierungsanleihe haben sich trotzdem noch bis zum Oktober 1927 hingezogen. Doch lag das zum Teil daran, daß Polen nach Piłsudskis Machtantritt sich durch eine Austeritätspolitik eine stärkere Verhandlungsposition schuf. Eine Folge seiner verbesserten Finanzlage war es auch, daß der Geschäftsgeist der amerikanischen Banken wieder erwachte und sich bis zum Wettbewerb steigerte¹⁴⁸. Zeitweise stand die Kombination eines Notenbankkredits und eines amerikanischen Bankenkredits zur Diskussion. Das gab Schacht die Gelegenheit, bei einem Treffen der Notenbankpräsidenten am 4. April 1927 in Calais nochmals seinen Standpunkt zu vertreten und durch Überreichung eines Memorandums zu untermauern¹⁴⁹. Am Schluß war es ein amerikanisches Bankenkonsortium, das den Kredit gab¹⁵⁰.

Im Auswärtigen Amt hatte man schon früher Bilanz gezogen. Dirksens Mitarbeiter, Erich Zechlin, der Leiter des Polenreferats, kam in einer Aufzeichnung vom 19. 11. 26 zu dem Schluß, daß der Weg zu einer Lösung der östlichen Grenzfragen, die nur mit internationaler Unterstützung möglich sei, nicht über England führen könne, worauf man so lange gesetzt habe, sondern nur über – Frankreich¹⁵¹. Die Überlegung kann nur als Zeichen der Resignation gewertet werden.

Jetzt, als alles vorbei war, wurde jedoch deutlich, wie sehr auch Schubert in dieser Frage engagiert war. Er, der D'Abernon gegenüber geschwiegen und der Dirksen kontrolliert und gebremst hatte, redete nun plötzlich zu Diplomaten, die der Angelegenheit eher fernstanden. Dem ungarischen Gesandten, der ihn Anfang Januar 1927 auf das gerade umgehende Gerücht von der Möglichkeit eines Austauschs des polnischen gegen einen litauischen Korridor mit dem Bemerkensanspruch, daran könne doch schon mit Rücksicht auf den zu gewärtigenden russischen Einspruch nichts sein, erwiderte er, „das sei ganz richtig; abgesehen davon,

¹⁴⁷ BStS, Po, Bd. 2/E 168794, Aktennotiz v. Behr, 5. 7. 26.

¹⁴⁸ H. A. Dirksen, Bd. 26/E 571131ff., Telegr. Maltzan, 26. 2. und 1. 3. 27.

¹⁴⁹ BStS, Po, Bd. 3/E 168989, Schacht priv. an Stresemann, 6. 4. 1927.

¹⁵⁰ H. A. Dirksen, Bd. 26/E 371200.

¹⁵¹ ADAP, B, II, 2 Nr. 139.

daß wir außer dem Korridor unbedingt auch Danzig und Oberschlesien wieder haben müßten“. Und auf den erstaunten Einwand, daß Deutschland doch auch irgend etwas im Austausch geben müsse – auf die Frage nach den Kompensationen also, die schon D'Abernon gegenüber unbeantwortet geblieben war –, erfuhr der Gesandte, „die Gegengabe würde darin bestehen, daß wir den Polen hülfe, ihr Land wirtschaftlich zu konsolidieren. Im übrigen seien wir meiner Ansicht nach das einzige Land, das in der Lage sei, Polen zu retten“¹⁵². Diese Stimmung ohnmächtiger Erbitterung erlebte einige Tage später auch noch Hesnard, der Pressechef der französischen Botschaft; ihm sei es, so sagte er Schubert, sehr interessant gewesen, ihn gerade an diesem Tage aufgesucht zu haben, habe er doch so einen richtigen Eindruck von seiner Auffassung erhalten: denn „in einem solchen Zustande habe er ihn ja noch nie gesehen“¹⁵³.

In diesen Januar-Äußerungen ebte eine Erregung ab, die Schubert seit dem 10. Dezember beherrscht haben mag. An diesem Tage war es in Genf zu einem merkwürdigen Gespräch zwischen ihm und Zaleski, dem Nachfolger des Grafen Skrzyński, gekommen: Zaleski hatte das Gespräch gesucht, um die Schwierigkeiten in den laufenden Geschäften, besonders in den Handelsvertragsverhandlungen, zu besprechen. Als er bemerkte, der polnischen Regierung würden Konzessionen erschwert, da sowohl in der deutschen Presse wie von Staatsmännern und Politikern noch immer die Frage einer Grenzrevision diskutiert werde, faßte Schubert sich ein Herz und erklärte, auch für ihn existiere diese Frage. Er strebe zwar die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen an, „im höchsten Sinne sei eine solche Normalisierung aber ohne Lösung des Grenzproblems – ich meine damit Danzig, den Korridor und Oberschlesien – nicht möglich“. Er sehe jedoch vollkommen ein, daß das Problem noch nicht akut sei, und daß es ganz falsch wäre, es jetzt anschneiden zu wollen; insofern erwarte er auch keine Antwort¹⁵⁴. Schubert hatte es noch einmal sagen wollen. Es war der – wenn auch uneingestandene – Abschied von einer Illusion.

VII

Es ist kein Zufall, daß der Versuch einer „politischen Sanierung“ Polens von Dirksen und Schacht ausging. Beide vertraten einen kurzsichtigen Nationalismus,

¹⁵² BStS, Po, Bd. 2/E 168924, Aufz. Schubert, 5. 1. 27; ähnlich auch gegenüber dem tschechoslowakischen Gesandten Krofta, BStS, Po, Bd. 3/E 168946, Aufz. Schubert, 27. 1. 27.

¹⁵³ BStS, Po, Bd. 3/E 168948, Aufz. Schubert, 31. 1. 27.

¹⁵⁴ ADAP, B, II, 2 Nr. 163; es war dies schon die zweite, von Zaleski im Zuge seines Versuchs, mit Deutschland zu einer Verständigung zu kommen, angeregte Unterredung. Zur ersten hatte er am 17. September, dem Tage von Thoiry, Schubert und Dirksen eingeladen. Sie „spielte sich nach dem Simile von Locarno im wesentlichen auf einem Motorboot ab“ (ADAP, B, I, 2 Nr. 91. Dirksen priv. an Zechlin). Der deutschen Delegation gegenüber äußerte Schubert anschließend, man habe alle Probleme „fast bis an den Korridor“ durchgesprochen (ADAP, B, I, 2 Nr. 95, S. 226).

dem die Fähigkeit zum internationalen Gespräch und zur selbstkritischen Überprüfung der eigenen Argumentation fehlte. Bei der Analyse einer Schachtrede schrieb Huxley, jenes Mitglied des Foreign Office, das an sich so großes Verständnis für die deutschen Beschwerden zeigte, Schachts Argumente seien immer die gleichen und bewegten sich auf der Linie des „Es ist so, weil es so sein muß“¹⁵⁵. Diplomatie ist auch Ausdruck des Denkstils ihrer Träger, der darum für die wichtigsten Personen dieser Handlung noch exemplarisch belegt sei.

Dirksen repräsentierte jenes deutschnationale Milieu, in dem das antipolnische Vorurteil besonders ausgeprägt war¹⁵⁶. Das wird an der drastischen Änderung von Ton und Stil der deutschen Gesandtschaftsberichte aus Warschau deutlich, als sie nicht mehr, wie bis Anfang November 1920, vom Grafen Oberndorff, sondern ein Jahr lang vom Geschäftsträger von Dirksen geschrieben wurden. Graf Oberndorff hatte sich für eine Verbesserung der Beziehungen zu Polen eingesetzt, das „ein Nachbarstaat von immerhin beachtenswerter Macht und Größe“ sei, „gewiß noch nicht festgefügt, gewiß manchen schweren Gefahren und Erschütterungen ausgesetzt, aber bis jetzt nicht in solchem Grade, daß es uns erlaubt wäre, seinen Verfall im Voraus zu diskontieren“. Er hatte geklagt, Deutschland habe als einzige europäische Großmacht in Polen keine Politik getrieben, sondern einzelne Fäden, die sich „vielleicht“ anzuspinnen begannen, in Hast wie wertlosen Trödel zerrissen, als die Stunde der Bedrängnis über Polen hereingebrochen sei. Sein Gesamturteil: „Weil wir Polens Existenz unerträglich fanden, redeten wir uns ein, es sei nur ein Eintagsgebilde, mit dem sich auseinanderzusetzen kaum die Mühe lohne“¹⁵⁷. Dirksen hingegen widmete einen seiner ersten Berichte „Feierlichkeiten in Polen“ und begann süffisant: „Je schlechter die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens sich entwickeln, desto mehr häufen sich die Feste“. Und als er einige Monate später über die im Sejm geführte Verfassungsdebatte berichtete, die immerhin der grundsätzlichen Frage des Ein- oder Zwei-Kammer-Systems galt, floß ihm der geschmacklose Vergleich in die Feder, der im Sejm entbrannte Tumult habe bei den in der Diplomatenloge anwesenden Vertretern Amerikas und Englands „Erinnerungen an koloniale Nigger-Festlichkeiten“ wachrufen können¹⁵⁸. Ein mit solchen Vorurteilen geschlagener Mann wurde einige Jahre später zum Dirigenten der Osteuropaabteilung berufen¹⁵⁹.

¹⁵⁵ DBFP, Ia, I Nr. 403 (7. 4. 26).

¹⁵⁶ Vgl. etwa v. Keudell und Schulz-Bromberg, die deutschnationalen Sprecher in der o. Anm. 31 zit. Optantendebatte. Über Dirksens politische Einstellung vgl. Dirksen, Moskau, Tokio, London, 1949, S. 88.

¹⁵⁷ PA Bonn, Ia, Sammlung der im A. A. aufgestellten „Politischen Übersichten“, Bd. 1, Telegr. Oberndorff, 8. 10. 1920.

¹⁵⁸ Ebd., Bd. 2, Dirksen, 17. 11. 20 und 1. 2. 21.

¹⁵⁹ Die Position der Abteilungsdirigenten, die den Direktoren als Stellvertreter beigegeben wurden, war geschaffen worden, um die im Rahmen der Schülerschen Reform in die Länderabteilungen verlagerte Bearbeitung der Hohen Politik wieder zu zentralisieren. Die Dirigenten, die unter Übergang der Direktoren vom Staatssekretär zur Bearbeitung der Geheimsachen herangezogen werden konnten, bildeten in ihrer Gesamtheit einen Ersatz für

Schachts Unverständigkeit, soweit es sich um nationale Ziele handelte, wird aus einer Episode besonders deutlich, die, obwohl zeitlich später liegend, ihren Ursprung in den hier behandelten Zusammenhängen hatte¹⁶⁰. Ende November 1929 verbreitete Schacht die Behauptung, Deutschland verzichte im Liquidationsabkommen „nicht etwa nur auf 300 oder 500 Millionen Privatforderungen, sondern auf 1,3 Milliarden plus Zinsen seit 1927“; Stresemanns Nachfolger Curtius wurde sogar berichtet, Schacht habe deutsch-polnische Sejm-Abgeordnete in der Reichsbank empfangen und ihnen diese Zahl aus ihm 1927 zur Verfügung gestelltem Material des Auswärtigen Amtes nachgewiesen. Curtius stellte ihn daraufhin zur Rede, mußte aber feststellen, „daß eine sachliche Erörterung nicht möglich war“¹⁶¹. Als man im Amt der Frage nachging, wie Schacht zu der Summe von 1,3 Milliarden gekommen sein könne¹⁶², stellte sich heraus, daß in Materialien, die Schacht für die Konferenz der Notenbankgouverneure in Calais von Zechlin übergeben worden waren, die noch offenstehenden deutschen Privatforderungen mit 919 Millionen beziffert worden waren¹⁶³. Diese Summe enthielt jene fiktive Forderung von 360 Millionen aus den Bauernbankverträgen¹⁶⁴. Zog man sie ab, so kam man unter Berücksichtigung einiger geringfügiger zwischenzeitlicher Veränderungen in den übrigen Positionen auf jene 538 Millionen, die den 1929 vor dem deutsch-polnischen Schiedsgericht tatsächlich schwebenden deutschen Privatforderungen entsprachen. Sie galten als wesentlich überhöht, ihr innerer Wert belief sich „nach Schätzung zuständiger Behörden“ auf 312 Millionen. Das war die 1929 vom Auswärtigen Amt zu vertretende Summe¹⁶⁵. In der Zechlinschen Aufstellung von 1927

die ehemalige Politische Abteilung; vgl. H. v. Dirksen, Moskau, Tokio, London, 1949, S. 54 f.; H. Holborn, *Diplomats and Diplomacy in the Early Weimar Republic*, in: *The Diplomats, 1919–1934*, Princeton 1953, S. 154.

¹⁶⁰ In den weiteren Zusammenhang würde vor allem eine psychologische Analyse des Schacht-Zwischenfalls auf der 2. Haager Konferenz gehören; dazu vgl. besonders die eindringliche Reflexion des damaligen Staatssekretärs im Finanzministerium H. Schäffer, in: Carl Melchior, *Ein Buch des Gedenkens*, hg. v. K. Sieveking (= Vortr. u. Aufs., hg. v. Verein f. Hamburgische Geschichte 15) 1967, S. 71 ff. Es lohnt sich auch, das Bild, das Schacht von sich selbst in seinen historischen und autobiographischen Schriften entworfen hat, zu kontrastieren mit den scharfsinnigen Polemiken L. Schwarzschilds, erschienen 1929 und 1930 im „Tagebuch“, neu ediert von V. Schwarzschild in: L. Schwarzschild, *Die letzten Jahre vor Hitler*, 1966, S. 39 ff.

¹⁶¹ BRM 10 Bd. 10/D 574240 ff., zwei Aufz. Curtius vom 30. 11. 29.

¹⁶² BStS, Po, Bd. 4/E 169218 ff., Aufz. Trautmann, nach 4. 12. 29; ebd./E 169224–6, Zusammenstellung Zechlin, 30. 3. 27; ebd./E 169227–32, Memorandum Schacht, 6. 4. 27.

¹⁶³ Diese Zahl und die folgende Rechnung sind nicht zu verwechseln mit dem o. Anm. 12 erläuterten Ausgleich der staatlichen Forderungen gegeneinander. Die Staatsforderungen sind in Anlage A, die privaten in Anlage B der dort zitierten amtlichen Erläuterungen zum Liquidationsabkommen zusammengefaßt.

¹⁶⁴ S. o. Anm. 10.

¹⁶⁵ Das Amt ging davon aus, daß den 312 Millionen auf ihren inneren Wert reduzierte polnische Privatforderungen von 80–100 Millionen gegenüberstünden und daß der deutsche Aktivsaldo voll ausgeglichen werde durch den polnischen Verzicht auf: die Liquidation der restlichen Güter und Grundstücke im Wert von 60 Millionen, das schon auf den Staat überge-

aber war auf einem neuen Bogen vermerkt worden, daß Forderungen, die vom Deutschen Gläubiger-Schutzverband vertreten würden, und die das Amt wegen „der ihrer Verwirklichung entgegenstehenden Schwierigkeiten“¹⁶⁶ nicht in die Gesamtrechnung einbezogen hatte, sich auf 383 Millionen beliefen. Schacht nun hatte aufgrund des ihm übergebenen Materials ein eigenes Memorandum diktiert, das er dann den Notenbankgouverneuren überreichte, und dabei keinen Anstand genommen, diese Summe in die Gesamtrechnung einzubeziehen. Schon kurz darauf, am 31. Mai 1927, war sie obendrein durch das deutsch-polnische Freigabe-Abkommen erledigt worden¹⁶⁷. Doch der Reichsbankpräsident war offensichtlich weder in der Lage, seine Rechnung um fiktive, noch um beglichene Summen zu kürzen.

Wenn aber zwei so sterile Nationalisten wie Schacht und Dirksen sich zusammensetzten, mußte dies zu gegenseitiger Bestätigung führen. Ein letztes Beispiel mag den sich selbst induzierenden, gegenüber anderen Argumenten unzugänglich machenden Prozeß dieser Meinungsverhärtung verdeutlichen: Als Schacht sich am 27. Mai 1927 jene Abfuhr von Norman holte, suchte er anschließend Trost bei Houghton, dem nach London versetzten ehemaligen Berliner Botschafter der Vereinigten Staaten, der sich in Berlin ob seines Verständnisses für die deutschen Probleme eines hohen Ansehens erfreute¹⁶⁸, und konnte danach Sthamer berichten, daß jener dem Grundgedanken der politischen Sanierung zustimme: „als Basis für die Verständigung mit Deutschland sieht Mr. Houghton die Regelung zum mindesten der Danziger Korridorfrage in einer für Deutschland annehmbaren Form an“¹⁶⁹. Wenig später, als Dirksen Schacht nach dessen Rückkehr aufsuchte, lautete diese Passage schon: „Houghton habe ihm gesagt, Polen sei viel zu groß in seinem gegenwärtigen Zustande; um zu gesunden, müsse es verkleinert werden“¹⁷⁰. Aus einer unverbindlichen und auf den Korridor eingeschränkten Zustimmung war eine Formel geworden, die alle Ansprüche deckte. Die beiden hatten die Wirklichkeit wieder ihrem Wunsche angepaßt.

Diese Konstellation muß bedacht werden, wenn man Rauscher gerecht werden will. Sein immer wieder vorgebrachtes Argument, eine Grenzrevision sei nur durch Gewalt zu erreichen, deshalb möge der Wunsch nach ihr nicht dem Abschluß des Handelsvertrages im Wege stehen, muß vom Nachsatz her verstanden werden. Rauscher hat vom Beginn bis zum Ende seiner Warschauer Tätigkeit für eine

gangene Eigentum an den vom 3. Liquidationsgesetz Betroffenen etwa 15000 ha Großgrundbesitz, das lt. Genfer Vertrag ab 1937 Polen zustehende Liquidationsrecht für die oberschlesische Industrie und schließlich auf das zur Unterbrechung der Erbfolge berechtigende Wiederkaufsrecht an den noch bestehenden etwa 12000 Rentengütern (s. o. Anm. 9 und 12).

¹⁶⁶ Aufz. Trautmann, s. o. Anm. 162.

¹⁶⁷ Ebenda.

¹⁶⁸ Vgl. Stresemanns Abschiedsworte an ihn, in: Vermächtnis, II, S. 256.

¹⁶⁹ ADAP, B, II, 1 Nr. 213, von Sthamer am 30. Mai übermittelte Mitteilung Schachts.

¹⁷⁰ H. A. Zechlin, „Geh. Aufzeichnungen über Gespräche mit Norman“, ungefilmt, darin: Aufz. Dirksen, 4. 6. 26.

Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen, besonders aber für den Handelsvertrag gekämpft. Warum aber dann diese martialischen Töne? Warum seine Rede von den drei Stufen der Reduktion Polens, die in der Literatur dazu geführt hat, eine einheitliche antipolnische deutsche Außenpolitik festzustellen¹⁷¹? Die Antwort ist: er gehörte zu jenen von einem Karrierebeamten wie Dirksen prinzipiell ungeliebten Außenseitern¹⁷², die nach dem Kriege in den Dienst des Auswärtigen Amtes getreten waren, ja, mehr noch, er gehörte nicht einmal zu den unter diesen vor allem vertretenen Geschäftsleuten wie Wallroth und Dufour, deren politische Gesinnung der Dirksens kaum entgegenstand, sondern zur Gruppe der Sozialdemokraten wie Müller in Bern, Landsberg in Brüssel¹⁷³ und Adolf Köster in Riga. Er war Pressechef des Kabinetts Scheidemann gewesen, und auf der äußersten Rechten galt er deshalb für unzuverlässig und auf seinem Posten ungeeignet¹⁷⁴. Der konservative Dirksen folgte diesem Pauschalurteil allerdings nicht und hielt Rauscher sogar für einen außerordentlich befähigten Diplomaten. Untersucht man den intensiven Dirksen-Rauscher-Briefwechsel, der die amtliche Korrespondenz begleitete¹⁷⁵, so kommt man jedoch zu dem Ergebnis, daß Rauschers diplomatisches Geschick sich auch im Umgang mit Dirksen erwies. Denn das war sein Problem: er mußte eine gemeinsame Sprache mit dem für ihn zuständigen Sachbearbeiter in der Zentrale und mit dem Staatssekretär finden, wenn er die Politik, die er befürwortete, fördern wollte. Nachdem sich Ende 1925 Schubert wenn auch nicht für Dirksens Taktik, so doch für dessen generelle Ziele und gegen Rauschers Konzept entschieden hatte, blieb Rauscher nur der lange Weg geduldiger Einflußnahme auf Dirksen. Den stärkeren Gesprächspartner darf man bei seiner Sprache nehmen, angesichts der Konstellation im Amte also Dirksen bei seinen Zynismen und Vorurteilen, den schwächeren nur bei seinem in welcher Verkleidung auch immer vorgebrachten Argument. Wenn Rauscher beteuerte, daß er mit Dirksens Fernzielen übereinstimme, mag das Mimikry oder der vielen Sozialdemokraten dieser Zeit eigene überkompensierende Nationalismus gewesen sein, immer aber blieb Rauschers Nationalismus verständig.

¹⁷¹ S. o. Anm. 39, 74, 81.

¹⁷² H. v. Dirksen, Moskau, Tokio, London, S. 54.

¹⁷³ Landsberg war als erster Nachkriegs-Gesandter nach Brüssel gegangen. 1924 hatte er sich allerdings wieder in den Reichstag wählen lassen.

¹⁷⁴ Vgl. Kubes Angriff auf ihn in der Optantendebatte, wie o. Anm. 31, Sp. 4128.

¹⁷⁵ Neben den in ADAP gedruckten II, 1 Nr. 219 (Rauscher, 4. 6.), II, 2 Nrn. 1 (Dirksen, 8. 6.), 2 (ds., 9. 6.), 3 (Rauscher, 11. 6.), 8 (Dirksen, 15. 6.), 13 (Rauscher, 17. 6.), 184 (ds., 23. 12.), 189 (Dirksen, 27. 12. 26) besonders wichtig noch: Rauscher, 4. 12. 25, BStS, Po, Bd. 1/E 168 435; ds., 5. 2. 26, H. A. Dirksen Bd. 18/E 369 968 und ein Dirksens Brief vom 8. 6. 26 unterstützender Brief Zechlins vom 9. 6., H. A. Dirksen, Bd. 19/E 370 259.

VIII

Bisher blieb die Frage ausgespart, wie Streseemann zu der in seiner Ostabteilung betriebenen Politik stand. War sie seine eigene? Ließ er sie nur zu? Die polnischen Probleme standen in der ersten Zeit seiner Amtstätigkeit gewiß nicht im Mittelpunkt seines Interesses. Seine erste Paraphie in den Polen-Akten seines Büros findet sich am 16. Januar 1925 – also erst eineinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt¹⁷⁶. Und noch zwei Monate später mußte er dem Reichskanzler gegenüber einräumen, daß der Delegationsführer für die wieder anstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen ohne sein Wissen von den leitenden Beamten der Ostabteilung ernannt worden sei¹⁷⁷. Die Diskussion über die Einbeziehung Polens in das anvisierte Sicherheitssystem hat Streseemann gewiß zu eingehender Beschäftigung mit Polen veranlaßt¹⁷⁸. Doch interessierte ihn nur die Relation zwischen der Stellung Deutschlands und der Polens im europäischen Konzert, nicht hingegen die zwischen den beiden Ländern tatsächlich bestehende Einzelproblematik. Die blieb den Experten der Ostabteilung überlassen, und deren Handhabung der eigentlichen Polenpolitik kontrollierte der Staatssekretär. Deshalb versäumte Streseemann einen Versuch, den Zollkrieg abzuwenden, und deshalb hatte er der Optanten- ausweisung nur Pathos entgegenzusetzen. Das soll nicht heißen, daß er eine andere Politik gegenüber Polen geführt hätte, hätte er nur mehr Zeit zum Studium der Sachfragen gehabt. Die weitgehende Freiheit, die die Ostabteilung in der Führung ihrer Geschäfte besaß, beruhte vielmehr gerade darauf, daß Streseemann das allgemein verbreitete antipolnische Vorurteil teilte¹⁷⁹ und daß er gern die in der Ostabteilung aufkommenden, sich auf Polens wirtschaftlichen Niedergang gründenden Hoffnungen aufgriff¹⁸⁰.

Als Realist wußte er aber, daß sich aus ihnen keine unmittelbaren politischen Konsequenzen ergaben. Die erste Etappe der nach dem diplomatischen Durchbruch von Locarno angestrebten Revision auch der territorialen Klauseln des Versailler Vertrags mußte Eupen-Malmedy sein. Dies war – gemessen an den Wünschen gegenüber Polen – ein geringfügiges Objekt, und Streseemann durfte in Brüssel, anders als in Warschau, auch mit einer gesprächsbereiten Regierung rechnen; schließlich gab es mit der „Markfrage“ ein vorzügliches Gebiet, auf dem die Kompensation gesucht werden konnte¹⁸¹. Die Sondierungen und dann die amtlichen Gespräche scheiterten aber, als am 30. Juli 1926 Poincaré gegenüber Vandervelde

¹⁷⁶ BRM 10, Bd. 3/D 571 425.

¹⁷⁷ Ebd./D 571 504, Streseemann an Luther, 7. 3. 1925.

¹⁷⁸ S. o. S. 354.

¹⁷⁹ S. o. S. 323, Anm. 2.

¹⁸⁰ S. o. S. 349f..

¹⁸¹ Vgl. K. Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–40, in: Zs. d. Aachener Geschichtsvereins 76, 1964, S. 206–515; bes. S. 453ff. über die Rückgabeverhandlungen von 1924–26 und über die „Markfrage“.

protestierte und als um die gleiche Zeit der Plan in die Presse gelangte und dort eine heftige Diskussion auslöste¹⁸². Mitte August mußte Stresemann sich das Ende dieser Hoffnung eingestehen, und ähnlich wie ein halbes Jahr später Schubert sein Engagement in der polnischen Frage offenbaren sollte, kam jetzt Stresemanns innere Konzentration auf die Eupen-Malmedy-Politik zum Ausdruck: er würde, so sagte er zu Lord D'Abernon „in dem Augenblick, wo eine Verständigung zwischen Deutschland und Belgien auf diesem Gebiet von London oder Paris verhindert würde, Locarno als erledigt ansehen“¹⁸³. Briand suchte ihn später zu beschwichtigen, indem er die Schuld am Eklat den Belgiern zuschob, die den Handel gegenüber Poincaré zu ungeschickt vorgebracht hätten¹⁸⁴; doch Poincarés Versailler Legalismus hatte Stresemanns Intention durchaus richtig getroffen: mehr als um das abgetretene Gebiet war es ihm um einen revisionspolitischen Präzedenzfall gegangen¹⁸⁵.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist Stresemanns Reaktion auf eine polnische Sondierung zu sehen, die ihm scheinbar die Gelegenheit bot, das polnische Problem in seiner ganzen Breite einschließlich der Grenzfrage aufzugreifen¹⁸⁶. Es war der unermüdlich um eine deutsch-polnische Verständigung bemühte Diamand, der Stresemann am 28. Juli 1926 bei dessen Kuraufenthalt in Bad Wildungen aufsuchte¹⁸⁷. Diamand hatte trotz jener unerfreulichen Unterredung mit Schacht weiter den Kontakt zu Schubert gepflegt¹⁸⁸. Überzeugt davon, daß die deutsch-polnischen Beziehungen nicht nur den „juristischen Gremien“ in den Delegationsverhandlungen überlassen werden dürften¹⁸⁹, hatte er sich selbst in halboffizieller Mission zum Zwischenträger von Meinungen an der Spitze der diplomatischen Behörden in Berlin und Warschau gemacht. Nach Pilsudskis Machtantritt hatte er sogleich Rücksprache mit Bartel, dem neuen Ministerpräsidenten, und Zaleski, dem neuen Außenminister, genommen. Am 30. Juni war er wieder in Berlin, um Schubert mitzuteilen, daß die neue Regierung „die feste Absicht

¹⁸² Pabst, S. 469 ff.

¹⁸³ ADAP, B, I, 2 Nr. 55, Aufz. Stresemann, 15. 8., ähnlich auch zum französischen Geschäftsträger, ebd. Nr. 55.

¹⁸⁴ Ebd. Nr. 88, Aufz. Stresemann, 17. 9. 26 (Thoiry).

¹⁸⁵ Zum primär prinzipiellen Charakter vgl. ebd., I, 1 Nr. 292, unter Punkt 2; ebd., I, 2 Nr. 1, Aufz. Schubert über Vortrag beim Reichspräsidenten, 3. 8. 26.

¹⁸⁶ Spenz (wie Anm. 32), S. 164, findet es „merkwürdig“, aber auch „bezeichnend“, daß er es nicht tat. Er dramatisiert damit diese Episode ebenso wie Gasiorowski (wie Anm. 6), S. 300 f.; Diamand kam weder „als Pilsudskis Spezialgesandter“, noch war die Kompensation, die er zu offerieren hatte, eine Grenzrevision. Gasiorowskis Zusammenfassung der Zitate aus der Niederschrift Stresemanns vermittelt einen falschen Eindruck von Verlauf und Inhalt des Gesprächs.

¹⁸⁷ Zum Folgenden vgl. ADAP, B, II, 2 Nr. 71, Aufz. Stresemann, 28. 7. 26; und zwei Aufz. Schuberts über sein Gespr. mit Diamand am 29. 7. 26: ebd., II, 2 Nr. 72 und ebd., I, 1 Nr. 295.

¹⁸⁸ Ebd., II, 1 Nr. 53, Aufz. Schubert, 9. 1. 26 mit Schlußbemerkung Diamands über Fortsetzung der Kontakte.

¹⁸⁹ Ebd., II, 2 Nr. 72.

habe, auf allen Gebieten mit Deutschland zu einer Einigung zu gelangen¹⁹⁰. Bei dieser Gelegenheit kam auch ein erstes Gespräch mit Stresemann zustande, das so angenehm verlief, daß Diamand, in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit direkter Diplomatie bestärkt, nach Warschau eilte, um sich bei Zaleski Rücken- deckung für einen ersten konkreten Vorschlag zur Anbahnung eines besseren Ver- hältnisses zu holen¹⁹¹.

Was er in Bad Wildungen vorbrachte, war also in Warschauer Augen ein Test auf den guten Willen der anderen Seite. Er schlug vor, Deutschland möge den polnischen Wunsch unterstützen, daß im Völkerbund ein nichtständiges Ratsmit- glied schon mit einer einfachen Mehrheit wiedergewählt werden könne¹⁹². Dafür sei Polen zu Kompensationen bereit. Stresemann sagte ihm zwar eine Prüfung seines Vorschlags im Amt zu, ist aber auf sein Kompensationsangebot absichtlich nicht eingegangen. Diamand, dessen privater Status es ihm erlaubte, dieses heikle Problem unverbindlich anzurühren, hat dann mit der Bemerkung, Polen habe nach Pilsudskis Meinung zu viele Fremdstämmige unter seiner Bevölkerung und täte unter Umständen besser daran, auf Land zu verzichten und so die nationale Einheit fester zu gestalten, seinen Partner aus der Reserve zu locken versucht. Stresemann scheint denn auch von der Lösung der Korridorfrage als Grundlage einer dauernden Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen gesprochen zu haben. Als Diamand ihm aber entgegenhielt, daß das eher die Krönung eines An- näherungsprozesses sein könne, war er auch damit einverstanden. Ohnehin hat er diesen Teil des Gesprächs als so unverbindlich gewertet, daß er ihn in seiner ein- gehenden Aufzeichnung übergangen hat¹⁹³. Seine Zurückhaltung dürfte zwei Gründe gehabt haben: zunächst wußte er schon, was für eine Kompensation Diamand anzubieten hatte. Rauscher hatte Diamands Andeutungen vor dessen Abreise aus Warschau entnommen, daß er „ein kleines Handelsgeschäft auf der Basis: Unterstützung Polens durch Deutschland bei seinen Ratsaspirationen und dafür Verzicht auf Liquidationsrecht im von uns gewünschten Umfang“ be- absichtige, und hatte, da er die Aktivität Diamands ohnehin sehr reserviert als Privatdiplomatie „eines betriebsamen Herrn“ betrachtete, diesen Plan als

¹⁹⁰ ADAP, B, II, 2 Nr. 27.

¹⁹¹ Ebd., Nr. 71 Anm. 5, Rauscher pr. an Schubert, 9. 7., über Diamands Hochstimmung nach dem ersten Stresemann-Gespr. In Bad Wildungen bezog sich Diamand dann auf eine Absprache mit Zaleski, die dieser ihm noch kürzlich telegraphisch bestätigt habe.

¹⁹² Zur Beurteilung dieses technischen Vorschlags vgl. Spenz, S. 156 ff., 163 f.

¹⁹³ Weshalb Gasiorowski, S. 301, der einem Brief Hirschs an Stresemann vom 10. 10. (Nachl. Film 3147, Bl. 162775) Diamands Mitteilung über den Gegensatz der Auffassungen der Korridorlösung als Basis oder Krönung entnimmt, auf ein weiteres, vornehmlich terri- torialen Fragen gewidmetes Gespräch schließt. Doch aus ADAP II, 2 Nr. 148 ergibt sich, daß die Korridorfrage in Bad Wildungen berührt wurde, und in seinem Artikel in der Dan- ziger Volksstimme (s. o. Anm. 102) schrieb Diamand: ein „entscheidender deutscher Staats- mann“ habe ihm gegenüber die Lösung der Korridorfrage zwar zunächst „als Grundstein der deutsch-polnischen Verständigung“ bezeichnet, „er stimmte mir aber zu, als ich auf den Vergleich eingehend sagte, sie wäre die Krönung des Werks“.

„etwas phantastisch“ gekennzeichnet¹⁹⁴. Das mußte er in der Sicht der deutschen Diplomatie schon allein deshalb sein, weil er unbekümmert einen Brückenschlag über den von ihr seit Jahren immer tiefer gezogenen Graben zwischen der „hohen“ und den übrigen Ebenen der Politik versuchte. Stresemanns Ansprechbarkeit und undoktrinäre Haltung sollte sich allerdings darin erweisen, daß er Diamand nicht nur mit einer höflichen Ausrede begegnet war, sondern tatsächlich dessen Plan von den Experten im Amt prüfen ließ. Außer den Vertretern der Ostabteilung nahmen auch Rauscher und Gaus an der Besprechung teil; daß ihr Ergebnis negativ ausfiel, verwundert nicht¹⁹⁵. Hiervon abgesehen aber hätte Diamand auch zu keiner ungünstigeren Zeit Stresemann aufsuchen können. Denn am Tage zuvor waren mit der Prüfung eines belgischen Vorvertragsentwurfs, den Schubert und Schacht aus Berlin mitgebracht hatten, die Eupen-Malmedy-Verhandlungen in ihre letzte Phase getreten¹⁹⁶, während sie schon zwei Tage nach Diamands Besuch am Veto Poincarés zuschanden wurden.

Danach erst wurde der Weg für eine vorsichtige Annäherung frei. Erleichtert wurde sie dadurch, daß Polen weiterhin Interesse an einem Ausgleich mit Deutschland zeigte. Mitte August schlug Jackowski, der Direktor der politischen Abteilung, Rauscher eine Generalvereinbarung aller Streitfragen vor. Indes hielten dieser und erst recht Dirksen noch am deutschen Konzept der getrennten und nur fallweise zum Junktim verbundenen Verhandlungen fest¹⁹⁷. Dann ergriff Zaleski in Genf die Initiative zu den gründlichen Aussprachen mit Schubert im September und Dezember¹⁹⁸, und so vorbereitet kam es am 9. März 1927 in Genf zu Stresemanns erster eingehender Unterredung mit einem polnischen Außenminister¹⁹⁹. Sie ist nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben. Als er sich bald darauf im Auswärtigen Ausschuß gegen die Idee wandte, die Spannungen im litauisch-polnisch-russischen Dreiecksverhältnis auszunutzen, berief er sich – so wie er in der Verteidigung Locarnos von Briand vermittelte Einsichten zitiert hatte – jetzt auf die Logik Zaleskischer Ausführungen: „Wenn ich auch nicht gewillt bin, jedes Wort eines Außenministers, das mir in Genf gesagt worden ist, für bare Münze zu nehmen, so überlege ich mir doch seine Worte sachlich“²⁰⁰. Aus Polen als bloßem Objekt „hoher Politik“ war ein Gesprächspartner geworden.

Das bedeutet nicht, daß Stresemann den offiziellen Vorbehalt einer Grenzrevision mit friedlichen Mitteln, wie er ihn in Locarno aktenkundig gemacht hatte jetzt aufgegeben hätte. Das wäre innenpolitisch auch kaum möglich gewesen. Doch dieser Vorbehalt verblaßte für ihn zur leeren Formel. Das wurde auf der Ratssitzung im Dezember 1927 deutlich. Stresemann lehnte in privaten Unterredun-

¹⁹⁴ ADAP, B, II, 2 Nr. 71, Anm. 5; ebd., Nr. 87.

¹⁹⁵ ADAP, B, I, 1 Nr. 295, Anm. 6, Aufz. Zechlin, 12. 8. 26.

¹⁹⁶ Ebd., Nr. 289, Aufz. Schubert, 27. 7. 26; vgl. K. Pabst, S. 468.

¹⁹⁷ ADAP, B, II, 2 Nr. 87, Rauscher, 13. 8.; ebd., Nr. 90, Dirksen, 17. 8.

¹⁹⁸ S. o. S. 362.

¹⁹⁹ BRM 10, Bd. 6/D 572711 f.

²⁰⁰ Ebd./D 572757 ff. Stresemann vor Ausw. Ausschuß, 18. 3. 27.

gen mit Briand und Chamberlain zwar ein Ost-Locarno ab, solange die zwischen Deutschland und Polen stehenden Grenzfragen nicht erledigt seien. Als ihn daraufhin beide bedrängten, diese Frage gegenüber dem an der Tagung teilnehmenden Pilsudski anzuschneiden – Pilsudski sei „der einzige Mann, der das machen kann“ –, war er sich aber sehr wohl bewußt, daß dies unmöglich war; in seiner einzigen Privatunterredung mit Pilsudski blieb das Thema unerörtert²⁰¹. Stresemann war auf die Linie Rauschers eingeschwenkt.

Nachdem sich Stresemann und Zaleski im März 1927 vor allem auf eine Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen geeinigt hatten, mußte sich Stresemann stärker den konkreten Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Beziehungen widmen. Im November 1927 verabredete er mit Jackowski jene Generalvereinbarung, gegen die sich die Ostabteilung noch ein Jahr zuvor so heftig gesträubt hatte²⁰². Doch der Abschluß des Vertrages, der unmittelbar nach Locarno wahrscheinlich schnell zu erreichen gewesen wäre, stieß jetzt auf immer neue Schwierigkeiten. Denn inzwischen hatten sich die Interessengruppen formiert, und besonders der Widerstand der Landwirtschaft war kaum zu überwinden. Tatsächlich hat Stresemann nicht einmal die Vorstufe, den Abschluß des Liquidationsabkommens, erlebt. Dennoch war es keine Phrase, wenn Rauscher auf die Aufforderung von Curtius, nach Berlin zu kommen, um vor dem Auswärtigen Ausschuß das Liquidationsabkommen zu erläutern, antwortete, er sei für die Gelegenheit dankbar, ein Werk zu vertreten, das ihm im nationalen Interesse notwendig erscheine und das, „zum Beweis der Kontinuität der deutschen Außenpolitik, wortwörtlich der letzten Kabinettsvorlage entspricht, welche die Unterschrift meines hochverehrten verstorbenen Chefs trägt“²⁰³.

So lassen sich in Stresemanns Politik gegenüber Polen drei Phasen unterscheiden: 1923/24 überließ er die Polenpolitik dem Amt; 1925/26 konzentrierte er sich auf die „Vorgänge auf dem Gebiete hoher Politik“, die günstige Voraussetzungen für eine spätere Grenzrevision schaffen sollten; ab 1927 aber wandte er sich den Tagesproblemen in den deutsch-polnischen Beziehungen zu und überwand nun auch gegenüber Polen mit seiner praktischen Vernunft die Blockade des Vorurteils.

Drei allgemeine Bemerkungen ergeben sich zum Schluß: Auch der Versuch

²⁰¹ BRM 10, Bd. 7/D 573 408, Aufz. Stresemann über Gespr. mit Pilsudski, 9. 12. 27; ebd., – 425 über Gespr. mit Briand, 11. 12.; ebd., – 443 über Gespräch mit Chamberlain, 12. 12.; Pilsudski versicherte Stresemann seiner Bereitschaft, „alle zwischen Deutschland und Polen stehenden Fragen“ innerhalb eines halben Jahres über die Köpfe der „Geheimräte“ hinweg zu regeln. Auf Briands und Chamberlains Drängen, die Grenzfrage anzuschneiden, antwortete Stresemann, das sei ihm bei diesem ersten Zusammentreffen ganz unmöglich gewesen, er wolle es sich aber für das nächste Mal überlegen. Briand und Berthelot haben auch von Paris aus über Hoesch noch zum Versuch geraten, „mit Pilsudski etwas zu machen“ (BRM 10, Bd. 8/D 573 452, 21. 12. 27 und ebd./– 481, 5. 2. 28). Aber diese Vorgänge gehören in einen anderen Zusammenhang und können hier nicht mehr erörtert werden. Stresemann jedenfalls hat auch später keine diplomatische Initiative ergriffen.

²⁰² BRM 10, Bd. 7/D 573 502–7, Stresemann-Jackowski-Protokoll v. 23. 11. 27.

²⁰³ BRM 10, Bd. 10/D 574 541, 21. 11. 29.

einer „politischen Sanierung“ Polens, von Stresemann nicht betrieben, wohl aber zeitweise zugelassen, folgte dem Muster der von ihm direkt geleiteten Eupen-Malmedy-Politik und der Politik von Thoiry. Diese Ansätze zur „Ausnutzung der Wirtschaft durch Politik“ waren charakteristisch für eine Zeitspanne, in der Deutschland aufgrund von Währungsreform und Dawesplan einen Vorsprung an finanzieller Stabilität vor seinen Nachbarn gewonnen und zudem durch Locarno scheinbar die Chance zur politischen Verwertung des Vorsprungs erhalten hatte. Doch von vornherein begrenzt durch die Progression der Annuitäten, ging diese Spanne schneller als in Berlin erwartet zu Ende, als Poincaré die Stabilisierung der französischen Währung gelang. Nicht nur am politischen Veto Poincarés scheiterte die Eupen-Malmedy-Politik. Schon zuvor hatte Schubert den Verdacht gefaßt, daß die Belgier möglicherweise in den Verhandlungen auf Zeit spielten, um abzuwarten, ob die Stabilisierung der französischen Währung gelinge, die dann die der belgischen nach sich ziehen würde²⁰⁴. Ähnlich waren Schachts Träume von einer finanzpolitischen Nötigung Polens endgültig ausgeträumt, als sich in Calais der Präsident der Banque de France, Moreau, zu den „drei Finanzkönigen“ gesellte²⁰⁵.

Tritt heute deutlich hervor, daß die Zeitspanne unmittelbar nach Locarno für die deutsche Außenpolitik Ausnahmecharakter besaß, so sind auch zwei Täuschungen besser zu erkennen, denen Stresemann erlag, als er sich vorübergehend auf eine Politik der territorialen Revision einließ. Zur Illustration seines Prinzips „Ausnutzung der Wirtschaft durch Politik“ erzählte er die Geschichte von einem Dresdener Kaufmann, der so hoch verschuldet war, daß jedesmal, wenn er hustete, seine Gläubiger ihre Ärzte schickten²⁰⁶. Er übersah dabei allerdings, daß ein Hochverschuldeter nicht vor den Augen seiner Gläubiger die Rolle des reichen Mannes spielen kann, der einem anderen Armen gegen gute Zinsen hilft. Dazu kam, daß er – jedenfalls damals noch – Schacht überschätzte. Es ist im Rückblick unvorstellbar, daß er 1923 den wichtigsten diplomatischen Posten, den er zu vergeben hatte, den des Botschafters in Paris, mit Schacht besetzen wollte²⁰⁷. Ob je ein Locarno möglich gewesen wäre, wenn statt Hoesch Schacht in Paris amtiert hätte?

Die Erkenntnis aber, daß die Politik der territorialen Revision scheitern mußte, führt zu der Frage nach der Bedeutung dieser Zeitspanne für die Außenpolitik Stresemanns. Gilt das, was für den polnischen Handelsvertrag schon gesagt wurde, daß nämlich nach Locarno leicht zu erreichen gewesen wäre, was später große Mühe

²⁰⁴ ADAP, B, I, 1 Nr. 292, 28. 7. 26.

²⁰⁵ Er ergriff auch sogleich die Initiative und übersandte im Anschluß an die Konferenz in Calais Strong, Norman und Schacht ein Programm für die Stabilisierung der polnischen Währung (H. A. Dirksen, Bd. 26/E 371164). In welche Ratlosigkeit Schacht und Dirksen dadurch versetzt wurden, wird aus einem Gespräch deutlich, in dem sie erörterten, ob „die Initiative auf irgendeine Weise wieder auf England oder Amerika zurückgeschoben werden könnte“ (ebd./E 371160, Aufz. Dirksen, 24. 5. 1927).

²⁰⁶ ADAP, B, I, 1 S. 733.

²⁰⁷ Vermächtnis, I, S. 264f.

erforderte, auch für andere Bereiche seiner Politik? Stresemann hat in seinen Reden nach Locarno betont, daß er seine Westpolitik im Hinblick auf die Probleme der Ostpolitik betreibe. Doch als Zaleski Mitsprache in der Frage der Rheinlandräumung beanspruchte²⁰⁸, zeigte sich, daß umgekehrt Stresemanns Westpolitik auch von seiner Ostpolitik abhängig war. Gewiß war jene Intervention Zaleskis eine schnell vergessene Episode, aber hätten sich die retardierenden Einflüsse auf die französische Rheinlandpolitik und das Stresemann zermürende Warten auf dieses sein wichtigstes politisches Ziel nicht auch durch Ostpolitik beschränken lassen können? Es ist die alte Frage, ob nicht auch er im Augenblick seines größten diplomatischen Erfolges Zeit versäumte, die er später nicht mehr einholen konnte.

²⁰⁸ Charakteristisch für diesen Aspekt der französischen Außenpolitik ist eine Episode, die im Sommer 1928 die deutschen Diplomaten beunruhigte: Zaleski beanspruchte für Polen ein Mitspracherecht in der von Stresemann seit Locarno als Hauptziel angestrebten Rheinlandräumung mit der Begründung, die Rheinlandbesetzung bedeute eine allgemeine Vertragsgarantie, die nur gegen gleichwertige Kompensationen im Osten und Westen aufgegeben werden könne – also nicht nur eine Garantie für die Reparationszahlungen, die mit der angestrebten Revision des Dawesplans hinfällig werden konnte, wie die deutsche These lautete. Die deutsche Besorgnis entzündete sich daran, daß Zaleski „diese These auch im unmittelbaren Anschluß an Gespräche mit Briand und Berthelot vertreten hat, ohne von französischer Seite Widerspruch zu finden“. Briand habe früher, so Schubert an Hoesch, 16. 6. 1928, „jegliche Verquickung Rheinlandfrage mit deutsch-polnischem Problem als absurd bezeichnet, neuerdings aber sehr flexible Formulierungen benutzt“. Dabei sei doch in der bisherigen Entwicklung der deutsch-französischen Diskussion immer klar gewesen, daß eine endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze oder andere Garantien für den territorialen Status im Osten für Deutschland unzumutbar seien; PA Bonn BRM 10,8/D 573 629 ff. Hoesch drang darauf in Briand, der sich zunächst sträubte, das Thema zu erörtern, da „es für ihn unmöglich sei, in eine Polemik gegen den Außenminister eines befreundeten Staates einzutreten“, schließlich „unter Zusage allerstrengster Diskretion“ zu verstehen gab, daß er die deutsche Interpretation der Vertragsbestimmung auch für sich gelten lasse, aber doch hinzufügte, „er verschließe sich selbstverständlich nicht grundsätzlich polnischen Sicherheitswünschen“, Hoesch an A.A., 22. 6. 1928, PA Bonn BStS Po 3/E 169116 ff. Rauscher sah hinter diesem Vorgang „Einflüsse am Werk, die nicht nur in Warschau zu suchen sind“, und lokalisiert sie „in französischen Kreisen rechts von Briand“, ebd., BStS Po 3/E 169121, Rauscher, 28. 6., privat an Köpke.